

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 14. November 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Arbeiter und die Kirchen. Von Prof. Dr. Arnold Dodel. — Kinderfreunde. Von N. — Einiges über Staat und Recht. Von Simon Kagenstein. — Ein Beitrag zum Kapitel der Dienstbotennot. Von A. v. Berg. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Zetkin. (Fortf.)
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Der niederheinische Parteitag. — Eine neue Beurteilung der Genossin Jies. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Mutterschaftsfürsorge. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Quittung.
Feuilleton: Dag's einmal. Von Franz Diederich. (Gebicht). — Wandern, ach Wandern. Von A. R. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander L. Kiehlund. (Fortf.)

Der Arbeiter und die Kirchen.

Der rechte Mensch — im edelsten Sinne des Wortes verstanden — ist der arbeitende und denkende Mensch. Wenn er seine acht oder neun Stunden per Tag ein Schaffender gewesen, so überkommt ihn die Wertmüdigkeit: sein Körper und sein Geist verlangen nach Ausspannung, sei es in Ruhe, sei es im Wechsel der Betätigung bei anderer Arbeit, die unter Umständen auch eine Erholung, eine Auffrischung sein kann. Denn es bleibt Wahrheit, daß lange andauerndes Arbeiten am Einerlei viel mehr ermüdet, als der Wechsel in der Betätigung. „Variatio delectat!“ Abwechslung entzückt und ergötzt: Das ist eine physiologische Tatsache. Ihre Erkenntnis hat den Wert eines Naturgesetzes, an welchem wir Menschen nichts zu ändern vermögen.

Die sieghaft vordringende Idee des Achtstundentags wird über kurz oder lang jenem Naturgesetz gerecht werden, und ihre Umsetzung in die Praxis wird ein Segen sein und ein Glück ohne Ende für alle, die zu arbeiten und zu schaffen fähig sind.

Was wird der Arbeiter mit den übrigen Tagesstunden beginnen? — Baghafte Kleingeister unserer Zeit verfluchen mit feierlicher Prophetenmiene: „Der Arbeiter wird mit seinen neuen Mußestunden nicht nur nichts gewinnen, sondern er wird verlieren. Er wird prassen, wird in den Wirtschaften herumliegen, wird trinken, trinken, wird spielen, spielen, Alotria treiben, und wird verkommen.“

Wir anderen haben ganz andere Zuversicht. Am Achtstundearbeiter wird Goethes Wort zur großen Wahrheit der Zukunft werden: „Ich sage dir, ein guter Mensch in seinem dunkeln Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt.“

Dieser rechte Weg ist der Pfad für die große Bewegung nach vorwärts, der Pfad des Aufstieges aus der Stupidität und Brutalität des Tiermenschen zu den sonnigen Höhen des kommenden Menschen, des bewußten, des innerlich festgefühten, des nimmerruhenden Menschen der Entwicklung nach vorwärts.

Der Mensch wird Zeit haben, mehr zu sein, als bloß Knecht der Maschine und Lasttier der Schwerstoffe. Mehr als je wird der Arbeiter ein denkender Mensch sein, seiner selbst bewußt und bewußt seiner Stellung in Natur und Weltall.

„Aber — die Kirche wird ihn einsacken!“ ruft der Allzuängstliche unter den Freunden der fortschreitenden Kultur.

Davor aber, liebe Freunde, laßt uns nicht bangen! Freilich wird ein großer Bruchteil der freier gewordenen Arbeiterschaft noch lange Zeit dem Zug nach dem Metaphysischen, dem Übersinnlichen folgen. Die Prosa des Alltagslebens genügt auf die Dauer keinem tiefdenkenden Menschen; sie befriedigt auf die Dauer nicht einmal den Durchschnittsmenschen, der an tieferes Denken gar nicht gewöhnt ist, sondern erst noch dazu erzogen werden muß. Alle Denkenden aber haben auch Sehnsüchte. Und in jedem entwicklungsfähigen Menschen liegt die eine große Sehnsucht nach der Befreiung aus allerlei unheimlichen Banden, die uns auf dem Wege der Vorwärtsentwicklung allezeit mehr oder weniger hemmen, oft solcherart zurück-

halten, daß wir sogar stille stehen oder — was das schlimmste ist — geradezu rückwärts gehen auf eine niedrigere Stufe der Menschwerdung. Die christliche Kirche hat jene eine große Sehnsucht den Drang nach Erlösung aus den Banden der Erbsünde genannt und darauf eine Anzahl von Glaubenssätzen zu einer festgefühten Lehre erbaut: Aus den Banden der Erbsünde soll der Glaube an den Opfertod Christi erlösen. So lehrt die orthodoxe protestantische Kirche. Aus den Banden der Erbsünde sollen nach den Glaubenssätzen der katholischen Kirche auch die Heiligen heraus helfen können, insbesondere die heilige Mutter Gottes, die Jungfrau Maria. Durch anderthalb Jahrtausende offenbarte sich im Leben der christlichen Kirche die unauslöschliche Sehnsucht des Menschen nach dieser einen Erlösung. — Man kann wohl sagen: es lebte darin — unbewußt, sozusagen instinktiv, die Empfindung, daß wir Menschen nicht bleiben dürfen, wie wir es seit Jahrtausenden gewesen sind. Man suchte nun allerdings die Hilfe dort, von wo uns tatsächlich Hilfe nicht werden konnte, nämlich außerhalb uns selbst, beim Sohn des Himmels oder bei der Gottesmutter und einer Schar anderer Heiliger. Hier liegt der Grund des Mißerfolges aller christlichen Kirchen auf dem Entwicklungsweg der Kultur Menschheit. Der Lehre von der Erbsünde fehlte es nicht am echten Metall, wohl aber am richtigen Gepräge. Erst die wissenschaftliche Entwicklungslehre hat uns darüber die Augen geöffnet: statt Erbsünde haben wir „anererbte Tierheit“ zu setzen. Und aus der Umwertung der alten irdigen Kirchenlehre ist eine klare Wahrheit entsproßt mit allen heilsamen Konsequenzen auch in den Dingen der Erlösungslehre.

Nicht außer uns liegt die Hilfe, sondern in uns. Wir bedürfen keines blutigen Opfertodes, um aus den Banden des Gotteszornes herauszukommen. Denn ein erstes Menschenpaar gab es nicht, ebensowenig als es einen ersten Deutschen oder einen ersten Engländer gab.

Gab es kein erstes Menschenpaar, so gab es auch nicht einen Sündenfall, noch viel weniger eine Erbsünde im Sinne der jüdischen und der christlichen Aberglaubens.

Aber weil das Geschlecht der Menschen aus Tieren niedrigerer Art seinen Ursprung in langamer Entwicklung genommen hat, so lebt ihm — kraft der natürlichen Vererbungsgeetze — noch viel Niedriges an: wir stecken noch tief in der Tierheit. Wir hassen unsere Feinde, wie ein Tier seinen Gegner haßt; im Kriege töten wir und verwunden wir, als wären wir noch leibhaftige Tiere. Wir stehen uns gegenseitig als Konkurrenten vor der Sonne, wir lassen den Schwachen im Kampf mit uns Stärkeren ohne Mitleid unterliegen; wir lassen ihn darben, lassen ihn verhungern, bisweilen wir im Überschuß prassen — gleich als ob wir Tiere wären. Und wir haben tatsächlich noch des Tieres genug, ja viel zu viel an und in uns.

Das ist unsere Erbsünde. Wer sie leugnet, muß ein Unwissender, ein Blinder oder ein Schalk oder ein elender Verführer sein.

Ich denke, darin wird uns die Kirche recht geben, wenn nicht heute, so doch gewiß morgen oder übermorgen.

Von dieser Erbsünde wird uns aber nicht Erlösung so, wie es die Kirche lehrt. Nicht das Kreuz auf Golgatha, nicht die heilige Jungfrau von Bethlehem, nicht die mater dolorosa, die Schmerzensmutter mit dem ermordeten Sohne im Arm, nicht eine Legion von Heiligen wird uns erlösen: wir selbst müssen uns herausführen aus dem Niedrigen und Unmenschlichen, das uns von Geburt an anklebt und uns heute noch mit Unbehagen und Schuldgefühlen peinigt und in unserem vorwärtstrebenden Entwicklungsdrang mit jenen dunkeln Sehnsüchten nach Erlösung erfüllt.

Nicht Entartung und nicht Verzweiflung lehren wir, sondern die Frohbotschaft der aufsteigenden Entwicklung.

Wir erlösen uns selbst, indem wir, dem natürlichen Entwicklungsdrange folgend, der Wahrheit zustreben, die zugleich Schönheit und Güte ist.

Werden das die Lehrer der Kirche verstehen lernen? Werden sie das eines Tages in den Kirchen lehren?

Ich denke ja! Tun sie es nicht heute, so tun sie es morgen. Denn die Kirche wird sich der Wahrheit, der wissenschaftlichen Erkenntnis anpassen — oder sie wird untergehen.

Die beiden großen Kirchen — die nüchterne, profaische protestantische und die farbenreiche, legendenfreundende, märchengefüllte katholische Kirche — sie werden ihre Rüste wohl noch einige Zeit in alter Form der „Gottesdienste“ beibehalten. Darüber wollen wir uns keinen Täuschungen hingeben.

Aber wir anderen, die wir vorwärts streben, nachdem wir richtig nach rückwärts zu sehen gelernt haben, wir anderen werden einen Gottesdienst neuer Art haben: den Dienst der Wahrheit, die Verehrung der Erkenntnis alles harmonischen Geschehens in Natur und Weltall, aus welcher Erkenntnis neue Tugenden erblühen und uns fähig machen werden, auf der Bahn der aufsteigenden Entwicklung geradeaus zu gehen, höher und höher hinauf, bis alle Sehnsüchte nach jener Erlösung aus der Tierheit gestillt sein werden.

So wird mein „Gottesdienst“ ein Wahrheitsdienst sein. Und er wird uns alle eines Tages frei machen — von aller Niedrigkeit und allem Elend.

So sei es!

Prof. Dr. Arnold Dodel, Lugano.

Kinderfreunde.

Wenn von den ärmsten Gegenden Deutschlands gesprochen wird, nennt man das sächsische Erzgebirge nicht an letzter Stelle. Dem Boden ist dort oben nur mühsam ein Ertrag abzugewinnen. Wenig fruchtbar ist der Acker, der in dünner Schicht auf den Felsen liegt. Weit dehnt sich deshalb der Wald aus. Längst aber ist die Zeit vorüber, wo deswegen das Erzgebirge nur dünn bevölkert war. Kleine Städte sind größer geworden, und die Dörfer dehnen sich in den Tälern langhin aus, ein Häuschen neben dem anderen. Doch nicht durch Arbeit in Wald und Feld finden die Tausende von Menschen dort oben im Gebirge ihren Lebensunterhalt. Auch die Zahl der Fabriken ist nicht sehr groß, wenn sie auch in neuerer Zeit anwächst.

Nur ein Teil der Männer findet Gelegenheit, außerhalb des Hauses der Arbeit nachzugehen. Viele von ihnen sind in der Hausindustrie beschäftigt. Wo diese entsehlige Art der Warenherstellung herrscht, da sind die Löhne stets außerordentlich niedrig. So auch im Erzgebirge. Hunger und Not lassen den Frauen keine andere Wahl, als mitzuarbeiten von früh bis spät, um den bittersten Mangel von der Familie fernzuhalten.

„Wohlthäter der Menschheit“ lassen sich gern solche Kapitalisten nennen, die Industrieunternehmungen ins Leben rufen in solchen Gebieten, die von der Natur lärglich ausgestattet sind und deren Bevölkerung darbt. Der obererzgebirgische Arbeiter steht in dem leider nur zu berechtigten Ruhm, ganz außerordentlich geringe Ansprüche an das Leben zu stellen und mit einer Bezahlung vorlieb zu nehmen, die in anderen Gegenden der raffgerigste Ausbeuter nicht anzubieten magt. Auf Bezirke mit billiger menschlicher Arbeitskraft stürzen sich die Kapitalisten wie Geier auf eine Beute. So ist auch das obere Erzgebirge von vielen der oben charakterisierten „vaterländischen Wohlthäter“ mit Arbeitsgelegenheit gesegnet worden.

Um Annaberg weit herum blüht die Posamentenindustrie. In über 40 Orten werden ihre zum Teil recht kunstfertigen Erzeugnisse hergestellt. Nach aller Herren Länder wird die Ware verschickt und zu guten Preisen verkauft. Pariser, Londoner, amerikanische und andere Firmen haben in Annaberg, der alten Bergstadt, ihre Zweigkontore.

Das ist ein lohnendes Geschäft, die Posamentenmacherei! Dort oben im Erzgebirge wurde früher gleiches Silber dem spröden Schoße der Berge entzissen, das lieberlichen Sachsenfürsten eine verschwenderische Lebenshaltung gestattete. Jetzt wird dort Gold gewonnen. In reicher Fülle ist es zu haben. Die reichsten Silberadern, die früher gesunden wurden, waren armfelig gegenüber dem Reichtum, der jetzt dort oben zu holen ist. Stolge Geschäftshäuser der Exporteure ragen in Annaberg zahlreich, Palästen gleich empor. Behagliche Villen, von gepflegten Gärten umgeben, liegen in den kleinen Bergstädtchen und auf den Dörfern am Fuße waldumkränzter Berge. Welcher Segen strömt über das Land dank den Bemühungen „vaterländischer Wohlthäter“ und fließt — nicht etwa den Arbeitern und Arbeiterinnen zu, sondern ergießt sich in die Taschen und Geldschränke der

Pfamentenfabrikanten und Verleger. Rasch sind eine Anzahl betriebsamer, rücksichtsloser Menschen zu Wohlstand und Reichtum gelangt. Den Proletariern kam nicht einmal ein Lohn, der bescheidenen Ansprüchen als genügend erscheinen könnte. Herausgequetscht wird aus den Proletariern soviel als nur möglich. Unerträglich würde die Lage der Pfamentenarbeiter selbst den schlechtgestellten Lohnflawen im Niederland erscheinen. Der Erzgebirgler ist aber mit ganz besonders genügsamem Sinn ausgestattet. Zwar weiß er den Wert höheren Lohnes wohl zu schätzen und ersehnt sich eine bessere Lage. Männer und Frauen sind in sozialdemokratischen Versammlungen die denkbar aufmerksamsten Zuhörer und leicht zu begeistern für den Kampf um eine menschenwürdige Existenz. Jedoch gelang es bisher nicht, der gewerkschaftlichen Organisation weite Verbreitung zu geben. Zur Abwanderung aber entschließt sich der Erzgebirgler nur sehr schwer, denn er hängt mit rührender Liebe an den heimatischen Bergen.

Diese echte Heimatliebe der Arbeiter ist von den betrieblichen Kapitalisten auf das rücksichtsloseste ausgenützt worden. Was in dem Pfamentenbezirk nur Hände regen kann, haben sie der vaterländischen Industrie dienstbar gemacht, damit Gold in ihren Beuteln fliehe. Nicht nur die Arbeitskraft der Männer und Frauen, sondern auch die der Kinder bis in das zarteste Alter hinab nützt ihre Profitgier aus. Die dürftigsten Löhne zwingen die Heimarbeiter zur ungemessenen Arbeitszeit. Wenn man spät abends durch so ein langes Dorf geht, etwa an der Straße, die sich längs der böhmischen Grenze von Bärenstein bis zum Fichtelberg entlang zieht, dann schimmert fast aus jedem der kleinen Fenster der von Proletariern bewohnten Häuser matter Lampenschein. Tritt man hinzu, so sieht man, denn Gardinen und Vorhänge hindern nur selten den Blick, gebückt über der Arbeit alle Familienangehörigen bis zu den kleinsten, noch nicht schulpflichtigen Kindern.

In ihren heiligsten Profitinteressen sind die menschenfreundlichen Unternehmer der vaterländischen Pfamentenindustrie im oberen Erzgebirge verkehrt worden. Ein Gesetz wurde beschlossen zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung. Es bestimmte, daß erst vom zwölften Jahre ab die Kinder würdig sein sollen, den Kapitalisten zu Reichtum zu verhelfen. Die Pfamentenfabrikanten und Verleger wissen aber besser, was der vaterländischen Industrie und den Proletariern frommt. Schwerer Schaden war abzuwenden. Die in einem Verein organisierten Unternehmer wandten sich an den Bundesrat des Reiches. Nicht aus Sorge um eine etwaige Schmälerung ihres Profits. Bewahre, daran denken vaterländische Kapitalisten nicht. „Die Arbeiter und das Vaterland über alles“, so ungefähr sagten sie in einer Eingabe, in der sie die Zurückstellung der Altersgrenze der zu beschäftigenden Kinder auf das sechste Lebensjahr, wirklich nur auf das sechste Jahr heischten. Die geforderte unbegrenzte Heranziehung der Kinder zur Arbeit sei notwendig, um Schaden zu vermeiden „für die ganze sächsische Pfamentenindustrie, ja für das ganze Sachsenland und auch das Deutsche Reich“, so hieß es tatsächlich wörtlich in der Eingabe, „denn was die Pfamentenindustrie für die deutsche Steuerkraft zu bedeuten hat, werden die Statistiken zur Genüge beweisen“.

Diesem für des Deutschen Reiches Bestand so wichtigen vaterländischen Industriezweig drohte nach der Behauptung der Unternehmer der Ruin oder die Verlegung ins Ausland, wenn „unser Kinder, wie das Gesetz es verlangt, in der Industrie nicht mehr mit hilfsreicher Hand anlegen dürfen“. — Wenn die Herren Unternehmer „unsere“ Kinder sagen, so denken sie natürlich nicht an die eigenen Sprößlinge. Die werden zu solchen zukünftigen Wohltätern der Menschheit herangezogen, wie die Herren Väter sind. Welch ausgeprägt väterlicher Sinn und ebensolche Fürsorge für die Proletarier den erzgebirgischen Pfamentenfabrikanten eigen ist, zeigt aber, daß sie liebevoll von den Arbeiterkindern als wie von den ihren sprechen. Auch eine andere Stelle der Eingabe an den Bundesrat beweist ihr vaterländisches Herz. Es heißt da: „Durch die Einschränkung der Kinderarbeit würden unsere Frauen und Mädchen erwerbslos werden.“ Dabei mit den „Frauen und Mädchen“ wieder nicht die eigenen Gattinnen und Töchter der Unternehmer gemeint sind, sondern diejenigen der Proletarier. Nur verstockte sozialdemokratische Gemüter rührt solche patriarchalische Ausdrucksweise nicht und läßt sie auch nicht vergessen, daß diese Frauen und Mädchen und Kinder um Hungerlöhne von früh bis in die Nacht schufteten müssen.

Den Unternehmern erscheint in ihrer liebevollen Fürsorge für das Proletariat des oberen Erzgebirges, die ihnen über allen Profit geht, die Arbeit an den Pfamenten nur wie Spielerei, besonders die von den Kindern zu leistende Handarbeit. Ganz „besonders leichter Natur“, so sagten sie, sei die Arbeit der kleinsten Kinder bei der Näheret, wo dieselben das Auszupfen der Heftfäden aus der fertigen Ware, dann das Einfädeln des Zwirnes in die Nähnaedel, das Abheften der fertigen Ware von den Zeichnungen zu besorgen haben, etwas größere Kinder das Aufheften der Materialien auf die Zeichnungen. Genau ebenso leicht hätten die Kinder die Arbeiten in der Schlingerei, Hätelei usw.

Wie hoch jede Unternehmergruppe, der die Ausbeutung der kleinsten Kinder unmöglich gemacht werden sollte, kamen die Unternehmer der Pfamentenindustrie mit dem albernen Einwand, daß die vaterländische Industrie zugrunde gehen müsse, wenn den Kindern ein bißchen Jugendfreude, Jugendlust, nach den Schulstunden Freiheit zum Spiele, zum Ausgehen in Wald und Feld gegönnt wird. Auch andere Industriezweige sind ohne Kinderarbeit nicht zugrunde gegangen, sondern zu vorher ungeahnter hoher Blüte gediehen.

Die sonderbaren Wohltäter des erzgebirgischen Proletariats

behaupteten weiter, wenn nicht schon die kleinsten Kinder in die kapitalistische Fron gepreßt würden, „wird nie ein tüchtiger Arbeiter oder eine brauchbare Arbeiterin heranwachsen“. Den Gipfel wohlmeinender Fürsorge erklimmen diese Wohltäter der Menschheit, deren Spezialität die Liebe zu den kleinsten Kindern ist, mit dem Satz: „Diese von uns erbetene Bewilligung, Kinder bereits vom sechsten Lebensjahr an beschäftigen zu dürfen, ist aber auch in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung nicht bloß zu wünschen, sondern sogar zu empfehlen.“ — Nur Leute, die für die warmherzigen, sittlichen und moralischen Bestrebungen vaterländischer gesinnter Kinderfreunde gar kein Verständnis haben, werden wagen, darob von unerhörter Heuchelei und Frechheit zu sprechen.

Es sieht aus, als ob ein Sozialdemokrat den Kinderliebhabern der Pfamentenindustrie einen Streich gespielt und ihnen einige Worte in ihre Witschrift geschmuggelt hätte. In diesem Dokument wurde nämlich von den Kleinen gesagt, „daß sie mitunter bei schmaler Kost doch von Kraft und Gesundheit frohen“. Allerdings weist noch nicht jedes Kind im oberen Erzgebirge die sichtbaren Spuren körperlicher Verkümmung auf. An der „schmalen Kost“ der Kinder sind die warmherzigen Unternehmer natürlich ganz unschuldig. Lassen sie ihre eigenen Kinder doch nicht hungern, trotzdem sie von denselben anscheinend wenig Gutes erwarten, nachdem dieselben erwachsen sind. Die Kapitalisten lassen die eigenen Kinder nicht arbeiten und geben ihnen Zeit und Gelegenheit zum Spielen. Sie lieben die Proletariatskinder mehr als die eigenen. Die Kinder müssen nämlich, so versicherten sie dem Bundesrat, „von Jugend auf an die Arbeit gewöhnt werden, so daß sie später brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft werden, während solche Kinder, die in ihrer Jugend Arbeiten nicht gelernt haben, nicht selten dieses später auch nicht lernen“. — Welche Habeneulern sind doch fast ausnahmslos die Angehörigen der besitzenden Klassen, daß sie ihre Sprößlinge bewußt der Gefahr späteren Verderbens aussetzen, indem sie veräußern, dieselben in der Pfamentenindustrie sich zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranarbeiten zu lassen!

Und der Bundesrat?

Nun, Deutschland ist das Reich der vielgerühmten Sozialreform. Der hohe Bundesrat wußte, was er der vaterländischen Industrie und den Kinderfreunden der Pfamentenindustrie im Erzgebirge schuldig war. Er hat die Altersgrenze für die Kinderbeschäftigung in der Hausindustrie für die erzgebirgische Pfamentenindustrie auf acht Jahre herabgesetzt!

Das ist schandbar, aber wahr! Die sächsische Regierung aber will ein übriges tun und an Stelle der eingehenden Klappelschulen eine Anzahl Pfamentenschulen einrichten. Der Verein der Kinderfreunde — er nennt sich „Verein der Pfamentenfabrikanten und Verleger“ — wurde um seine gutachtliche Meinung befragt. Er hat den Nutzen solcher Schulen für die vaterländische Industrie anerkannt, bemerkt, daß die Kosten der Schulen hohe sein würden, und angedeutet, daß der Staat dieselben tragen müsse. Die Mädchen könnten „schon ganz jung längere Zeit diese Schule besuchen“. Vorbedingung sei aber, daß die Kinder vorher „die Grundzüge und die ersten Anfangsstadien der Pfamentennäheret beziehungsweise Schlingerei zu Hause von der Mutter beziehungsweise den größeren Geschwistern erlernen“.

Das kann nur heißen, daß die Kinder wie bisher vom sechsten Jahre an und noch früher zur Arbeit angehalten werden sollen, was freilich sowieso schon infolge der Not der Bevölkerung und der ungenügenden Kontrolle des Kinderschutzes geschehen wird.

Heil Deutschland, du Land der Sozialreform, du Land der Kinderfreunde!

Einiges über Staat und Recht.

Die „Gleichheit“ ist in erster Linie das Organ der politischen Rechtlosen. Leidet der arbeitende Mann auch unter der wirtschaftlichen Ausbeutung und unter rechtlicher Benachteiligung mannigfacher Art, so hat er doch ein Mindestmaß politischer Rechte. Zum Reichstag, zu den meisten Landtagen und Gemeindevertretungen, zu Gewerbegerichten und manchen anderen Vertretungskörpern kann er Männer seines Vertrauens wählen und so wenigstens einen bescheidenen Einfluß auf die Entwicklung der politischen, sozialen und rechtlichen Angelegenheiten ausüben. Er hat mit Ausnahme weniger Staaten ein gewisses Vereins- und Versammlungsrecht, durch das er seine Meinung zur Geltung bringen und den Gang der Dinge beeinflussen kann.

Nicht so die Frau.

Wenn wir absehen von dem kümmerlichen Rechte der Wahl zu den Krankenkassenvertretungen, ist die Frau in dem größten Teile des Deutschen Reiches ohne öffentliche Rechte. Selbst das Recht der freien Vereinigung ist ihr im größten Teile des Deutschen Reiches versagt. Sie zahlt Steuern für ihren Erwerb, sie ist rechtlich und strafrechtlich haftbar für jede ihrer Handlungen, aber das Recht, mitzuwirken an der Gestaltung der öffentlichen und rechtlichen Verhältnisse, ist ihr versagt. Die deutsche Frau, nach den Lobesgedichten der Dichter und den Worten des deutschen Kaisers das heiligste und heiligste Gut des deutschen Volkes, ist politisch rechtlos als der Geistesranke und der entehrte Verbrecher, denen wenigstens das Versammlungsrecht nicht genommen ist.

Und wenn der größte Teil der Frauenwelt der besitzenden Klassen, satt und genügsam an den materiellen Gütern und

Bequemlichkeiten ihrer Gesellschaft, kein ernsthaftes Streben nach politischer Gleichberechtigung ihres Geschlechtes und zumal der Bedrücktesten ihres Geschlechtes, der Proletarierinnen, entfaltet, so ist für die Frau der Arbeiterklasse, für die Lohnarbeiterin wie für die Hausfrau des Lohnarbeiters, die politische Berechtigung, das Recht der Wahl, der Mitverwaltung, der freien Vereinigung eine Lebensfrage. Sie kämpft nicht allein für wirtschaftliche Besserstellung: höheren Lohn, das heißt mehr Anteil an den Gütern des Lebens und den Schätzen der Kultur, kürzere Arbeitszeit, das heißt mehr Zeit zur Erholung des Leibes, zur Bildung des Geistes und zur Pflege der Kinder — sie fordert die rechtliche und politische Gleichstellung als eines der wichtigsten Kampfmittel im Streben nach der Befreiung ihrer menschlichen Würde, der Gleichwertigkeit ihrer Persönlichkeit mit der des Mannes; in ihrem Streben nach der Beseitigung der kapitalistischen Ordnung, die ihr durch unübersteigbare soziale Schranken die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit unmöglich macht. Mag die diamantengeschmückte Gemahlin des Millionenbesizers, die standeseitige Dame des privilegierten Adels auf politische Gleichstellung verzichten und an den Intrigen ihres Vouvoirs, den Betätigungen wohlangelegener Frömmigkeit ihr Genüge finden — ihr prunkhaft-unnähes Dasein mag den Verzicht auf staatsbürgerliche Gleichstellung rechtfertigen. Die Proletarierin aber, die mit ihrem Blute und unter Qualen unendliche Werte schafft, ohne deren Arbeit im Hause wie auf dem Felde und in der Werkstatt unsere Gesellschaft nicht einen Tag bestehen könnte, sie hat das Recht und die Pflicht, auch die Rechte auszuüben, die ihrer Nützlichkeit im sozialen Leben angemessen sind, die zugleich für sie ein Werkzeug sein sollen zur Erhöhung ihres Menschenglücks und zur Mehrung der Gesamtkultur der Menschheit.

Und solange ihr selbst noch die Rechte fehlen, hat sie die Pflicht, ihrem männlichen Klassengenossen, ihrem Mitarbeiter, ihrem Manne als Helferin zur Seite zu stehen in dem Kampfe, den er für sich führt und für sie, für ein erträgliches Dasein der heute Arbeitenden und für eine schönere und reinere Zukunft der Nachkommen. Soll sie aber mitarbeiten und mitkämpfen, so muß sie auch wissen, um was gekämpft wird. Mit uneres Geistes Waffen schlagen wir die Schlachten für Freiheit und Recht. Die Frau muß die Dinge kennen, wie sie heute sind. Das ist die Vorbedingung für die Ausnutzung des vorhandenen Ausmaßes spärlicher Rechte wie für die zweckmäßige Gestaltung des Kampfes um ihre Erweiterung und Umgestaltung.

Schlummer als das Elend der Erdenkinder ist das Nichtwissen — selb auch vom Elend. (Geopold Jacoby.)

Zum zweiten aber wenden wir uns an die Jugend des arbeitenden Volkes. Daß sie noch keine politischen Rechte ausüben kann, ist kein Unrecht, sondern notwendig. Sie ist noch im Werden. Sie soll wachsen und lernen, um dereinst reif zu sein, zu wissen und zu handeln. Aber ein Unrecht ist es, daß sie im heutigen Staate und in der Schule dieses Staates das nicht lernt. Nicht zur Freiheit, zur Knechtschaft wird sie erzogen. Das Wohnungselend, in dem sie lebt, die mangelhafte Ernährung, die Überarbeit der Eltern, ihre eigene ungehörige Ausnutzung: alles soll sie als unänderlich, als berechtigt und gottgewollt ansehen. Darum gibt man ihr keinen Überblick über ihre Lage. Man belehrt sie nicht über das Recht und die Verfassung des Staates, in dem sie leben muß, und der für ihre Klasse das Unrecht und die Entrechtung bedeutet. Man erschließt ihr nicht den wunderbaren Zusammenhang allesbeherrschender Naturgesetze. Man gibt ihr nicht das Verständnis für die verwinkelten und im Grunde doch so klaren Zusammenhänge des sozialen Lebens und seiner Geschichte. Und tropfenweis in trübem Aufguss nur führt man ihr ein klein wenig zu von den unendlich reichen Schätzen des Schönen und Weisen in Wissenschaft und Kunst. Man füttert sie zum Übermaß mit längst abgetanen religiösen Märchen, die heute nur noch die Lüge züchten bei Lehrern und Schülern. Man quält sie bis zum Ekel mit Sprüchen und „Liedern“, mit Schlachtenschnulz und Monarchenkleinram. Man will sie, mit einem Wort, nicht zu Menschen, zu Ganzen und Freien heranbilden — nein, sie züchten zum Werkzeug für das industrielle Kapital und den Grundbesitz, zum Futter für die Kanonen, zum stummen und wehrlosen Spielball der Machthaber.

Dem treten wir entgegen!

Die Freiheit und Schönheit, die wir für alle fordern, heißen wir zu allererst für die Jugend. Darum fordern wir die Neugestaltung der Schule, die sie aus einer Drillanstalt der Klassenherrschaft umbilden soll zu einer Bildungsstätte freien und frohen Menschentums. Darum führen wir den Kampf gegen wirtschaftliche Ausnutzung und häusliche Mißhandlung der Jugend, für Beschaffung alles dessen, was Geistes- und Leibespflege für sie erfordert. Und darum tragen wir auch an sie selbst heran das Licht der Aufklärung und wollen versuchen, da die Gesellschaft verjagt mit schwachen Kräften ein wenig ihr zugänglich zu machen von dem unendlichen Reiche des Wissens und der Kunst.

Wohl gilt es hier, zwei Klippen zu vermeiden.

Das Schönste und Liebste am Kind ist seine Unbefangtheit und Natürlichkeit. Nichts abscheulicher am Kind als Alleswisserei und „Aufschmucken“. Ohnehin strebt das Kind schon nach äußerlicher Nachahmung des „Großen“ und freut sich seiner Altklugheit. Das wollen wir nicht fördern. Nicht dem Kind den Glauben beibringen, daß es nun alles wisse und besser wisse als jeder andere, nicht das Gefühl des Befriedigtseins mit dem Inhalt seines Wissens zu wecken, ist unsere Aufgabe. Im Gegenteil, es wissenshungrig zu machen, es zu schulen zum Selbstdenken. Nur die Augen wollen wir ihm offen halten, die mit Unwahrheiten und leerem Gepränge ihm sonst verkleistert werden. Es ist

merkwürdig, wie gerade auf dem Gebiet des Rechtes und des sozialen Lebens das unbefangene Kind meist ein zutreffendes, gesundes Urteil hat. Noch ist der Gedanke der Gerechtigkeit in ihm lebendig, der erst durch zahlreiche Erfahrungen des Gegenteils und die Gewöhnung an Unrecht aller Art abgestumpft wird, so daß man den Erwachsenen erst wieder mit Mühe zurückführen muß zu den schlichten und rechten Begriffen und Gefühlen der Kindheit. Im Kinde lebt Kameradschaftlichkeit, Opfermut, die Empfänglichkeit für alles Schöne und Gute. Tragen wir dazu bei, sie ihm zu erhalten, sie zu entwickeln in der Richtung seiner künftigen Aufgaben im Leben, so haben wir viel getan.

Und eine Klippe äußerer Art, aber nicht minder ernsthaft, ist die Gefahr des Konfliktes zwischen Schule und Haus. Es ist gar nicht wahr, daß die Sozialdemokratie die „Autorität“ zerstören wolle. „Wir deutschen Sozialdemokraten sind autoritäre Sozialisten. Wir erkennen die Autorität des Charakters und des Verdienstes an“ — so äußerte ein deutscher Delegierter 1872 auf dem Kongress der Internationalen in Haag. Was wir zerstören, das sind die angemessenen, falschen und verlogenen Autoritäten des Klassenstaats. „Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage des Betragens untereinander und gegen alle Menschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität“ — diese auch heute noch lange nicht erfüllte Forderung der Generalstatuten der Internationalen Arbeiterassoziation an ihre Mitglieder stellt die echten Autoritäten des Sozialismus auf. Und hier geraten wir in einen Gewissenskonflikt. Wir sehen, wie die Schule nur in höchst unzulänglicher Weise ihrer Aufgabe, größtenteils aber dem Gegenteil ihres wahren Zweckes dient. Und doch ist sie heute die einzige Stätte in der bürgerlichen Gesellschaft, in der wenigstens einige Tropfen unverfälschten Menschentums dem Proletariatskinde zugeführt werden. Oft ist der Lehrer besser als die Schulordnung und gibt seinen Schülern einen reichen Schatz von Liebe und Kraft mit auf den Lebensweg. Und auch der in der Routine niedergedrückte und von Vorurteilen erfüllte Lehrer wird, sofern er nicht gewissenlos ist, doch immer einiges von Wahrheit, Recht und Sitte, von Wissen und Fähigkeit den Schülern vermitteln. Deshalb geniest die Schule in der Regel, was der Kirche nie und ihren Vertretern nur ausnahmsweise zuteil wird, ein gut Stück echter Autorität bei aufgeklärten und ernstgesinnten Arbeitern. Und das wollen wir gerne bestehen lassen, soweit es mit unserem Gewissen verträglich ist; nicht durch törichte Parteinahme für jede Beschwerde des Kindes den Lehrer herabsetzen, auch nicht jede abweichende Meinung schroff zur Geltung bringen. Wo aber die Schule mißbraucht wird zur planmäßigen Verdummung, zur verblöddenden Verzerrung der Naturvorgänge zu Ehren der „Wunder Gottes“, zur Fälschung der Geschichte im Dienste der Hohenzollernlegende, zur bössartigen Herunterreibung der Freiheitsbestrebungen unserer und früherer Zeiten — da gilt es, sachlich und gemessen, nicht mit Scheltworten, sondern mit Gründen dem Kinde echte Aufklärung zu geben und ihm die Achtung vor der Wahrheit und vor dem Streben der Eltern, die ihm die Schule gefährdet, zu erhalten. Und je mehr unsere Schule der Verpöpfung und dem Chauvinismus überliefert wird, um so mehr wird das zum Recht und zur Pflicht der Eltern. Darum gilt es aber auch für diese, sich selbst das nötige Maß von Wissen und reinem Streben zu erringen, das hierzu notwendig ist. Denn nicht nehmen wollen wir, sondern vertiefen und erweitern im Sinne unserer höheren sozialen und ethischen Ziele. Daher erfordert die Behandlung solcher Fragen, die das Kind in Gegensatz zu der amtlich gepflegten Meinung der Schule bringen muß, viel Takt, will man nicht neben falscher auch ein gut Stück echter Autorität zerstören. Ob das rechte Maß zu halten da immer gelingen wird, ist eine Frage. In jedem Falle sei es versucht.

Es gilt nunmehr, so kurz und leicht verständlich, wie der oft schwierige und verwickelte Stoff es gestattet, der Frau und dem heranreifenden größeren Kinde die wichtigsten Gebiete des staatlichen und Rechtswesens darzustellen. Wenn hinlänglich klare Begriffe zu Anfang gebildet werden, so ist der Weiterbau nicht schwierig, zumal immer nach Möglichkeit an die Erfahrungen und Interessen des täglichen Lebens angeknüpft werden soll. Wer aber dennoch nicht im klaren ist und weitere Auskunft wünscht, der frage bei der Redaktion der „Gleichheit“ an. Soweit es angeht, wird ihm dann auch weitere Aufklärung zuteil werden.

Simon Kagenstein.

Ein Beitrag zum Kapitel der Diensthöflichkeit.

„Wenn ich noch Hausfrau wäre, würde ich mich schämen, über die Diensthöflichkeit zu klagen, denn jede Frau hat die Diensthöflichkeit, die sie verdient,“ sagte mir eine liebe alte Edel-dame. Meine Erfahrungen im Laufe eines Jahres an einem Mädchenheim scheinen ihr recht zu geben, und wenn jetzt mit Enttäufung geklagt wird, „die Mädchen wollen nicht dienen“, dann sehe ich darin nur einen Beweis der Rückständigkeit der Hausfrauen, die sich nicht sagen, daß jetzt in allen Menschen das Bewußtsein der persönlichen Freiheit und der Menschenrechte zu erwachen beginnt, das Dienstverhältnis aber die Mädchen im Stande der Höflichkeit wie vor Hunderten von Jahren zurückhält.

Was ist es anderes als Höflichkeit jeder Lebensminute eines solchen Mädchens, das Tag und Nacht unter Befehl steht! In 14 Tagen einmal einige Stunden frei, die verklümmert werden durch die Angst, nur ja um keine Minute zu spät heimzukommen. Die jungen Töchter des Hauses wären todunglücklich, dürften sie nur alle zwei Wochen einmal ausgehen, und die Mütter selbst hätten die Überzeugung, ihre Kinder müßten ohne regelmäßigen täglichen Ausgang krank

und stoch werden, auch wenn sie noch so gut genährt und geschont würden. Dienstmädchen aber, die oft als Kind schon schlecht ernährt wurden und mit unentwickelten Kräften frühzeitig schwer arbeiten mußten, sind fast alle blutarm oder werden es im Dienste; sie brauchen tägliches, ruhiges Spazierengehen. Geheutes treppauf und treppab und durch die Straßen rennen ist nicht nur kein Ersatz des Ausgangs, sondern direkt schädlich für ihre Gesundheit. Nicht aus Leichtsinne oder Hang zur Unstetlichkeit ziehen die Mädchen die Fabrikarbeit vor, sondern weil sie, wie man spöttisch, aber sehr richtig sagt, „frei sein wollen“. Nicht bei jeder Gelegenheit gescholten werden; nicht jede Laune auskosten müssen; nicht immer den Sündenbock für andere abgeben müssen; nicht alles essen müssen, was vorgelegt wird, sei es auch noch so schlecht; nicht mit anderen sprechen dürfen oder können; nicht genug Luft schöpfen dürfen; nicht früh schlafen gehen; nicht auf ungeführte Nachtruhe jemals rechnen können; keine Mittagspause, keine ruhigen Mahlzeiten; kurz, keine Minute des Tages sich angehören dürfen! Das ist's, was sie scheuen.

Der Grundfehler der Hausfrauen den Mädchen gegenüber besteht im allgemeinen darin, daß sie meinen, um den Lohn die ganze Zeit, die ganze Kraft derselben gekauft zu haben. Von alters her herrscht die Gewohnheit, es als gutes Recht anzusehen, Gesundheit, Kraft und Zeit der Dienenden zum Vorteil der Herrschaft aufzubringen. Diese Gewohnheit fürchten die schwachen schulentlassenen Mädchen, und vor ihr fliehen die Dienenden, welche schon Erfahrungen in den Familien gemacht haben. Die Hausfrauen sind also selbst schuld an dem Mangel an Diensthöflichkeit. Es sei mir gestattet, aus meinen Erfahrungen den Beweis für das eben Gesagte zu erbringen. Sechs Prozent der Mädchen, die von dem mir bekannten Heime aus binnen zwei Jahren in den Dienst getreten sind, hatten Erlebnisse in der Art der nachfolgend geschilderten. — Ein blühendes, braves, fleißiges Mädchen trat in den Dienst bei einer Frau Doktor. Früh um 4 Uhr mußte es täglich aufstehen, bis 8 Uhr bei Winterkälte und offenen Fenstern acht Stuben mit kaltem Wasser aufwischen, dann erhielt es zum Frühstück eine trockene Semmel, keinen Tropfen warmes Getränk! Ordnen, die Kinder besorgen und Mittagessen kochen folgten, wobei die Frau, die Hände am Rücken, dabei stand und aufpaßte, daß das Mädchen nicht aus Hunger etwas genieße. Dieses bekam nichts vom frischen Essen, sondern vom Tage vorher übriges, zusammengeworfen und aufgewärmt, in einem unsauberen, rostigen Topfe. Fünf Tage vermochte das Mädchen nicht, diese Kost hinunterzuwürgen; am sechsten zwang es der Hunger dazu; „da schmeckte ich ja nichts mehr,“ sagte die Arme. Nachmittags erhielt sie schwarzen Kaffee ohne Milch (ihre Wirtin darum wurde mit empörem Gelächter abgewiesen), ohne Zucker, ohne Gebäck, und nachdem sie, fortwährend gescholten, bis abends gearbeitet hatte, eine kleine unbelegte Butterschnitte. Herr und Frau Doktor gingen abends aus, und ihr wurde ein Stoß Wäsche zum Ausbessern hingelegt. War sie damit bis 1 Uhr, wo die Herrschaft kam, fertig, so durfte sie zur Ruhe gehen. Als die Herrschaft einmal um 8 Uhr morgens nach Hause kam, sagte Frau Doktor: „Wenn Sie für die eine Stunde noch schlafen gehen wollen, so können Sie gehen.“ Das Mädchen berichtete: „Da war mir, als wenn man mir das Herz aus dem Leibe gerissen hätte, es schauderte mich.“ Nun faßte es den Entschluß, die Stellung zu verlassen; aber wie fortkommen? Immer war das Mädchen in der Wohnung eingesperrt, durfte mit niemandem sprechen, die Frau gab das Diensthöflichkeit nicht heraus und verlangte Entschädigung für erdichtete Schäden, Bezahlung der Vermietung und den Lohn für eine neue Hausflavin. So viel hatte das arme Kind nicht. Endlich wurde das Mädchen ernstlich krank, mußte aber die Arbeit wie sonst verrichten. Die Unglückliche hielt es nicht mehr aus, gab der Frau Doktor alles Geld, das sie hatte, verzichtete auf allen Lohn und pachte. Die „gebildete“ Frau schlug zum Schluß das Mädchen noch mit dem glühenden Schürhaken ins Gesicht, dann ließ sie es gehen. Nur 14 Tage war die Arme in dieser Stellung gewesen; als sie ins Heim zurückkehrte, war sie nicht wieder zu erkennen: um Jahre gealtert, eine Brandwunde an der Stirn, die Hände blutend aufgesprungen, verhungert, und die Stimme ganz gebrochen; aus jedem Worte Klang noch nach Tagen wie verhaltenes Schluchzen. Ihre Nerven waren wohl für immer zerrüttet, die Qualen waren zu groß gewesen. Mit dem nächsten Dienstmädchen, einem Landmädchen, schloß die Frau Doktor vorsichtig einen Vertrag auf ein Jahr!

Zwei andere nette Mädchen traten in den Dienst auf dem Lande. Nach drei Tagen kamen sie laut weinend zurück. Sie hatten ihre Koffer im Stiche gelassen (was das heißt, weiß man), weil man sie mit dem Schrubber geprügelt und ihnen alles nachgeworfen hatte. Sie waren ganz verstört wollten von keinem neuen Dienste hören und sagten nur immer (obgleich durch den Tod der einzigen Kuh zu Hause Not herrschte): „Wir wollen heeme, wir wollen heeme!“

Ein Mädchen mußte bis 2 Uhr nachts wachen, erst dann bekam es das Abendbrot; einem anderen wurde mit Entlassung gedroht, weil der unartige Bub den Spiegel getroffen hatte, als er sein Glas nach dem Mädchen warf.

Ähnliche Beispiele von schlechter Behandlung, ja von rohester tätlicher Mißhandlung der Mädchen ließen sich noch in trostlosen Einzelnen anführen. Kein Befehl schützt die Töchter des Volkes gegen schrankenlose Ausnutzung ihrer Kraft und Zeit, gegen Verhöhnung und Zerkleinerung ihrer Menschenwürde. Die Gesetzgebung macht ehreerbetig vor dem „patriarchalischen Verhältnis“ Halt, das angeblich zwischen der Herrschaft und den Dienenden besteht. Des weiteren geht man von dem unerklärlichen Vorurteil der

angeborenen Güte und allzeit regen „Mütterlichkeit“ der Frauen aus und übersieht, daß die Betätigung dieser Gefühle meist nicht über die eigene Familie oder den eigenen Gesellschaftskreis hinausreicht. Das Gesetz schützt daher die Dienende nicht, wie die Fabrikarbeiterin geschützt wird, und darum, nicht aus Leichtsinne oder Unstetlichkeit, ziehen die Mädchen mehr und mehr die Fabrik dem Dienst vor. Daß dem so ist, daran tragen die Hausfrauen mit Schuld, die den Mädchen den Dienst im Hause nicht sonntig, leicht und menschenwürdig zu machen sich bemühen. Auf dem internationalen Frauentag in Berlin 1904 sprach eine Rednerin über die Sonntagsnachmittage der Dienstmädchen und riet, sie tanzen zu lassen, um dem Bedürfnis der Jugend nach harmloser Freude zu genügen. Freudig stimmte ich dem im Herzen bei, denn ich hatte es zwei Jahre so im Mädchenheim gehalten und erreicht, daß von den über hundert Mädchen keine einzige nach dem Tanzboden verlangte. Bei den Zuhörerinnen fand dieser Vorschlag jedoch heftige Mißbilligung. Ein lautes mißfälliges Sturmeln erhob sich, und ich hörte Äußerungen wie: „Das fehlte noch!“ „Wozu brauchen die Mädchen zu tanzen?“ „Ein Unsinn, Unterhaltung für die!“ Einige Frauen sagten sogar: „Das Tanzenlernen befördert die Unstetlichkeit!“ Wie gern hätte ich die Tribüne bestiegen und all diese Mütter gefragt, warum sie denn dann ihre Töchter tanzen lassen, auf Wälle führen, wenn Freude überflüssig und schon Tanzen von Mädchen untereinander unstetlich ist! Die Diskussion war aber leider zu Ende.

Eine ebenso traurige Herzlosigkeit wie in dem Angeführten zeigt sich in dem so häufigen Entlassen alter Diensthöflichkeit, die noch sehr Tüchtiges leisten, denen aber der Stuhl vor die Tür gesetzt wird, um jede Möglichkeit fernzuhalten, eines Tages mit schwächeren Leistungen sich zufrieden geben zu müssen. Mit Recht fürchten die Mädchen das wirklich trostlose Alter eines abgearbeiteten, kränzlich gewordenen Diensthöflichkeit, und sie scheuen sich, einen Beruf zu ergreifen, wo die Aussicht auf das Emporstreigen zu besseren Existenzbedingungen klein, die Anstrengungen groß, die Annehmlichkeiten sehr gering sind.

Wenn die Hausfrauen sich angelegen sein ließen, die Diensthöflichkeit liebevoll, mütterlich zu behandeln, ihre Zukunft durch den Einkauf in ein Altersheim zu sichern und ihnen gegenüber Gerechtigkeit bis ins kleinste walten zu lassen: so könnten sie dazu beitragen, die Diensthöflichkeit zu mindern. Aber wie winzig ist die Zahl der Frauen, welche die vorliegende soziale Pflicht versteht, so winzig, daß sie an den allgemeinen Zuständen nichts zu ändern vermag. Es ist daher freudig zu begrüßen, daß die Dienenden die Notwendigkeit erkennen, selbst Hand ans Werk zu legen, daß sie sich in Vereinen zusammenschließen und den Kampf für Freiheit und Menschenwürde aufnehmen.

U. von Berg.

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.

Von Klara Zetkin. (Fortsetzung.)

Leider fehlen genaue Nachweise darüber, in welchem Maße die Agitation und der Ausbau der Internationalen Gewerkschaften weiterhin die Frauen zu Schutz und Trutz in den Bannkreis der Organisation geführt hat. Die Generalversammlung zu Grimmitzschau, welche Zeugnis von ihrer gesunden Blüte ablegte, hatte am Vorabend weltgeschichtlicher Ereignisse taget. Sie griffen mit starker Hand in die historischen Bedingungen der Emanzipationsbestrebungen des deutschen Proletariats ein. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des deutsch-französischen Krieges wirkten lähmend auf die Entwicklung der Gewerkschaften zurück. Handel und Wandel storken: die materielle Leistungsfähigkeit der wertvollen Masse gegenüber der Organisation sank, ihre Hilfsbedürftigkeit und damit die Inanspruchnahme der Rassen steigerte sich. Der Krieg selbst lichte die Mitgliedschaften und entriß der Agitation, den lokalen Ausschüssen und Verwaltungen, dem Aufsichtsrat viele der tüchtigsten Kräfte. Als ausgesprochen proletarische Kampfsorganisation bekam die Gewerkschaften ihr gut Teil von der Sturmflut der Verfolgungen ab, welche der ruhmvolle Protest der Sozialdemokraten gegen den Krieg, ihre Sympathien für die heldenhaften Kommuneämpfer wider die „Vaterlandsfeinde“ und „Unstürzler“ entziffelte. Der auf den Schlachtfeldern aus der Laufe gehobene Nationalstaat der deutschen Bourgeoisie wußte, was seines Amtes gegenüber den Lebensäußerungen und Organen der jungen Klassenbewegung des Proletariats war. Die Behörden lösten manche Mitgliedschaften der Internationalen Gewerkschaften auf und schikantierten in unglaublicher Weise andere. Zweimal wurde die zweite Generalversammlung verboten, die zuerst in Meerane, dann in Hof tagen sollte. „Am der Willkür gewisser Polizeibehörden zur beliebigen Auslegung unserer Organisation nicht mehr Anhalt zum Einschreiten, zur Verfolgung und Schädigung, ja zur Auflösung der Gewerkschaften zu geben,“ mußten die statutenmäßigen Veröffentlichungen im „Volksstaat“ unterbleiben.

Erst am 25., 26. und 27. Dezember 1872 konnte in Weimar die dritte Generalversammlung tagen. Hier wurden ebenso wie bei der vierten Generalversammlung zu Chemnitz am 24., 25. und 26. Mai 1874 nur schätzungsweise Angaben über den Mitgliederstand im allgemeinen vorgelegt, ohne Hinweis auf die Zahl der weiblichen Mitglieder. Die Beteiligung der Frauen an der Organisation scheint jedoch nach wie vor eine rege gewesen zu sein. Allerdings wurde sie zum Teil nicht durch das Verständnis für die gesamten und höchsten Ziele der Internationalen Gewerkschaften

bestimmt, vielmehr durch den Anreiz der Krankenkasse. Die Verhandlungen der dritten und vierten Generalversammlung lassen das klar hervortreten. Aber immerhin hatte sich nach dem Zeugnis unseres Motteler eine nicht unbeträchtliche Zahl von Frauen der Stammesgenossenschaft in ziellarer Würdigung ihres Wesens und Strebens angeschlossen. Inwieweit dies bei den einzelnen Mitgliedschaften der Fall war, das ist meiner Ansicht nach zwei Umstände ausschlaggebend: der Reifegrad der industriellen Produktion und von ihr bedingt der Umfang der industriellen Frauenarbeit; die Einsicht und der Eifer, mit welchen ein kleiner Stab von Genossinnen und Genossen unter den Proletarierinnen für den Sozialismus tätig waren. In den Textilzentren des sächsischen Erzgebirges wirkten beide Umstände zusammen. Hier rekrutierte daher die Stammesgenossenschaft und ihr tiefster Wesensinhalt die große Zahl ihrer Anhängerinnen, hier erklangen unter den Proletarierinnen selbst Evangelistinnen des sozialistischen Befreiungsgedankens.

Die oben aufgezeigte Situation aber erklärt den Charakter der Debatten, die sich auf der dritten und vierten Generalversammlung der Gewerkschaften um die Mitgliedschaft der Frauen drehten. Zwei Tendenzen traten betreffs ihrer in Erscheinung: die Neigung, aus engherziger Besorgnis um den Klassenstand die Frauen von den Unterstützungsanstaltungen auszuschließen beziehungsweise ihr Anspruchsrecht herabzumindern; die andere Meinung, die Frauen mittels der Krankenkasse zum Anschluß an die Stammesgenossenschaft zu zwingen. In Weimar stellte die Mitgliedschaft Braunschweig den Antrag: „daß in die Krankenkasse keine Frauen mehr aufgenommen werden sollten“. Die Mitgliedschaft Schweinau forderte in Chemnitz, daß die Wöchnerinnenunterstützung erst vom vierzehnten Tage nach der Niederkunft an zu gewähren sei. Beide Ansinnen wurden glatt zurückgeschlagen. Motteler entkräftete die Drohung der Braunschweiger Mitgliedschaft, auf Grund des lokalen Selbstverwaltungrechtes die Frauen ausschließen zu wollen, durch den Hinweis, daß dieses Recht eine Grenze finde an den Satzungen der Gesamtgenossenschaft. Die Hauptverwaltung werde über die Filiale hinweg die ausgeschlossenen Frauen in die Kasse aufnehmen, die ausdrücklich für die Fachgenossen „beiderlei Geschlechts“ gegründet worden sei. Der Behauptung, daß vorzüglich Frauen die Kasse stark in Anspruch nähmen, und zwar oft Frauen, deren Männer der Bewegung feindlich gesinnt wären, stellte ein Delegierter aus Grimmitzschau eine Tatsache entgegen. In Grimmitzschau waren mehr Frauen als Männer organisiert, aber die Männer beanspruchten mehr Unterstützung als die Frauen. Ein Vermittlungsbefehl beantwortete auf beiden Generalversammlungen den Antrag, daß jedes Mitglied der Kranken- und Sterbekasse auch der Stammesgenossenschaft angehören müsse. In Weimar wurde für Ausnahmefälle, in Chemnitz jedoch überhaupt jeder Mitgliedschaft das Recht zuerkannt, die Zugehörigkeit zur Kranken- und Sterbekasse von der Zugehörigkeit zur Stammesgenossenschaft abhängig zu machen, vorausgesetzt, daß erstere dadurch nicht geschädigt werde. Die Gründung einer Sterbekasse war von der Generalversammlung zu Weimar beschlossen worden. Der Beitritt zu ihr stand „jedem Arbeiter oder dessen Frau respektive jeder Arbeiterin der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiterbranche“ offen. Die Leitung und Verwaltung der Kasse sollte in den Händen von „gewählten Vertrauenspersonen beiderlei Geschlechts“ ruhen. Der Einsicht der Gewerkschaften wird ein ehrendes Zeugnis durch die Entscheidung ausgestellt, im Statut der Krankenkasse die Bestimmung zu streichen, daß Syphilitische nicht unterstützungsberechtigt seien.

Im allgemeinen standen die beiden letzten Generalversammlungen der Gewerkschaften im Zeichen des heißen Bemühens, wieder aufzubauen, was durch die skizzierte politische Situation zertrümmert worden war, die gelichteten und gelockerten Reihen wieder fest zusammenzuschließen und aktionsfähig zu machen. Sie erstrebten ferner ein vereintes Marschieren, auf alle Fälle aber ein vereintes Wagen und Schlagen mit dem Allgemeinen deutschen Weber- und Manufakturarbeiterverband, sowie die Verbindung aller gewerkschaftlichen Organisationen, welche auf dem Boden des Klassenkampfes standen. Der Anschluß an die „Gewerkschaftsunion“ wurde in Chemnitz beschlossen. Der Verfall der Internationalen Gewerkschaften, die so rasch einen vielversprechenden Aufschwung genommen hatte, ließ sich jedoch nicht aufhalten. Aus ihren Ruinen aber, wie aus den Trümmern des Allgemeinen deutschen Weber- und Manufakturarbeiterverbandes blühte bald neues, klassenbewußtes, proletarisches Leben in neuen Formen. In beiden Organisationen haben wir Vorläufer des Textilarbeiterverbandes, Bahnbrecher und Wegbereiter der Sozialdemokratie zu grüßen.

Die Geschichte der Internationalen Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter ist ein Kapitel aus der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. Persönliche Mitteilungen der Genossen Motteler und Bahlschick ergänzen, was offizielle Dokumente davon melden. Wie schon diese Dokumente genügend klar erkennen ließen, blieben die Satzungen der Internationalen Gewerkschaften über die volle Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder keine platonischen Prinzipienklärungen. Frauen gehörten — wenigstens in Sachsen — lokalen Verwaltungen, Ausschüssen, Komitees der Organisation an und erfüllten mit Eifer und Geschick die Aufgabe ihres Vertrauensamtes. Der Vorstand in Grimmitzschau sandte gern erfahrene Frauen als Beauftragte in Orte, in denen neugegründete Filialen eingerichtet werden sollten; auch in Revisionsfällen zog er gern Frauen zur Mitarbeit heran. Ein kleiner Elitestamm der weiblichen Mitglieder nahm regen Anteil an den Sitzungen und Versammlungen der Gewerkschaften und verfolgte mit lebhaftem Eifer ihre Entwicklung. Außer der bereits wieder-

holt genannten Genossin Peuschel waren besonders die Genossinnen Weber und Golditz in Grimmitzschau, Genossin Mittelwitz in Chemnitz bestrebt, Kopf und Herz der Proletarierinnen für die sozialistischen Ideen zu erobern. Frau Peuschel und Frau Weber zeichneten sich als geschickte Debatteure aus und verstanden es dadurch, wie durch gut gewählte Fragen, die Verhandlungen zu beleben, praktische Anregungen zu geben und das Interesse der Frauen für die Organisation und ihre Ziele zu wecken. Genossin Weber erschien — ein schönes Beispiel — meist in Begleitung ihrer Söhne in den Versammlungen und wurde wie eine Mutter begrüßt. Außerordentlich wertvoll war die Agitation von Person zu Person, durch welche die vier Genossinnen und andere noch die Proletarier des Erzgebirges der klassenbewußten Arbeiterbewegung zuführten. Jedes Zusammentreffen, jedes Ereignis des öffentlichen oder persönlichen Lebens war ihnen willkommenen Anlaß, als Sendboten des Sozialismus zu sprechen.

Einen besonders erfolgreichen Wirkungskreis fand die propagandistische Kleinarbeit der Genossinnen an den Tagen, wo aus dem Umkreis von Grimmitzschau und Glauchau für die Produktivgenossenschaft, Faktore, Kleinfabrikanten usw. geliefert wurde; meist waren es Frauen, welche die Lieferung besorgten. Die führenden Genossinnen trafen dann da und dort mit ihnen zusammen, wo ein „Happen“ gegessen, ein „Schälchen Hecker“ getrunken wurde. In gemütlicher Aussprache öffneten sich die Herzen, auf die Lippen drängten sich Klagen über die Leiden, welche der Ausgebeuteten Erbe teil sind. Die Genossinnen entzündeten an den schwachen Fünkchen der Hoffnung auf bessere Zeiten die hell lodernde Flamme der Begeisterung für die sozialistische Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das strahlende Licht des Glaubens an die Befreiung der Arbeit durch die Erkenntnis und den Willen der Arbeitenden selbst. Wenn die Frauen mit ihren Bürden sich wieder in alle Windrichtungen des Kreises zerstreuten, so nahmen sie eine reiche Ideensaat mit heim, die selten aus dürrer oder felsigem Boden verkrümmerte; sie trugen das erste täglich erscheinende sächsische Parteiblatt, den „Grimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund“, Organ fürs gesamte Osterland, in die armseligen Wohnungen der Dörfer; als Werbetruppen der Internationalen Gewerkschaft wanderten sie hin und her.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In der ersten Hälfte Oktober sprach die Unterzeichnete im Auftrag des Tabakarbeiterverbandes in Versammlungen zu Minden, Herford, Ortinghausen, Hiddenhäusen, Blotho, Rehme, Bünde-Ennigloh, Bünde-Lübbecke und Burgsteinfurt. Sie behandelte das Thema: „Der Kampf der weisfälischen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ums Dasein.“ Die Frauen und Mädchen stellten in den meisten Versammlungen fast die Hälfte der Besucher. Eine Ausnahme machte nur die Volksversammlung zu Herford, deren Besuch überhaupt viel zu wünschen übrig ließ. Daß dem so war, hatten in der Hauptsache die organisierten Arbeiter verschuldet, die ihre weiblichen Familienmitglieder nicht mit in die Veranstaltung gebracht hatten. Hoffentlich holen sie das Versäumte ein nächstes Mal nach, denn gerade in Herford, wo die Frauen als Heimarbeiterinnen in der Wäschebranche bei überlangen Arbeitszeiten für erbärmlich niedrige Löhne fronden, tut die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sehr not. In der Versammlung zu Hiddenhäusen wählten die Genossinnen auf Vorschlag der Genossen Genossin Schmidt als ihre Vertrauensperson. 18 neue Leserinnen gewannen die gut besuchte Versammlung der „Gleichheit“. In Blotho und Ortinghausen wollen sich die Genossinnen angelegen sein lassen, die durch die Versammlung hervorgerufene Begeisterung der Frauen zugunsten der gewerkschaftlichen und politischen Aufklärung und Organisation derselben auszunutzen. In beiden Orten gibt es Genossinnen, die zur Leitung und Förderung einer Bewegung sehr befähigt sind. Über 1500 Personen nahmen an der Versammlung zu Burgsteinfurt teil, die Stellung zu dem Verhalten der Firma Rotmann nahm. Die Firma verlangt von ihren Arbeitern den Austritt aus der Organisation mit der Begründung, daß nach § 1 der Fabrikordnung kein Arbeiter Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins sein dürfe. Die Versammelten verurteilten auf das schärfste diese Annahme, die den Arbeitern ihr Koalitionsrecht rauben will, und verpflichteten sich in einer Resolution, alles aufzubieten zu wollen, um ihre kämpfenden Arbeitsbrüder vor der Zuchttrute des Fabrikanten zu schützen. Wie in Burgsteinfurt, so wachen allerorts die weisfälischen Tabakarbeiter auf und organisieren sich. Muzulange haben sie sich über ihr erbärmliches Los durch die Unternehmer täuschen lassen, die es verstanden, sich als die väterlichen Freunde ihrer Lohnsklaven aufzuspielen. Hatte sich ein Arbeiter 25 Jahre lang geduldig ausbeuten lassen, so erhielt er als Belohnung dafür ein Geldgeschenk und eine Bibel. Aber alle derartigen „Wohlthaten“ fruchten jetzt nichts mehr, auch die verlockende Aussicht auf die Bibel nicht. Den Arbeitern sind die Augen aufgegangen, und sie empören sich. Die „Rebellion“ erstreckt sich sogar bis unter die Arbeiterchaft der hausindustriellen Tabakfabrikation, welcher im östlichen Westfalen ganze Dörfer fronden. Die meisten dieser Arbeiter und Arbeiterinnen kennen ihren Arbeitgeber überhaupt nicht, denn die großen Firmen lassen die fertige Ware abholen und übersenden dabei zugleich Lohn- und Rohmaterialien. Als unvermeidliche Folge der immer weiter um sich greifenden gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen brechen allerorts Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen

aus, so in Blotho, Rehme, Bünde, Minden usw. Die Unternehmer suchen durch Aussperrungen, Verbot der Organisation und sonstige Maßregeln die Arbeiter wieder gefügig zu machen. Aber umsonst. Einmütiges Zusammenstehen in ihrer Organisation, dem Tabakarbeiterverband, wird den Ausgebeuteten zu ihrem Rechte verhelfen. Sie müssen daher ihre Pflicht erkennen, als treue, opferbereite Mitglieder den Verband zu stärken. Marie Bäckwich.

Im Monat Oktober fanden in folgenden Orten öffentliche Frauen- und Volksversammlungen statt, in denen Unterzeichnete referierte: Ehrenfeld, Kall, Boll, Mühlheim, Rippes, Solingen, Hagen und Soholt. Ferner waren fünf Versammlungen im Mainzer Bezirk arrangiert, die sich durchweg eines starken Besuches seitens der Frauen erfreuten. In sämtlichen Mainzer Vororten konnten weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, die im engen Kontakt mit der Kreisvertrauensperson in Mainz, die dem Kreisauschuß der Partei angegliedert ist, die Agitation unter den Frauen betreiben wollen. In letzteren Versammlungen wurden 150 Abonnenten der „Gleichheit“, sowie Parteimitglieder und Leser der „Mainzer Volkszeitung“ gewonnen. Auch die anderen Versammlungen brachten den Frauenbildungsvereinen Mitglieder und der Parteipresse Leser.

W. Käpfer.

Mitte Oktober fand in einer öffentlichen Frauenversammlung in Frankfurt a. M. die Berichterstattung von der Frauenkonferenz und vom Parteitag durch die Genossin Schulze statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten wir unserer treuen, tapferen Mitkämpferin Genossin Heiden-Deutschmann. Die Referentin berichtete besonders eingehend über die Frauenkonferenz und wies auf die mancherlei wichtigen praktischen Aufgaben hin, welche diese den Genossinnen überwiesen habe. Insbesondere forderte sie zu einem energischen Kampf gegen die Vernachlässigung und Mißhandlung der Kinder durch eigene Eltern auf, wie für die Errichtung von Kinderkrippen und Fürsorgeanstalten durch die Gemeinde. Erfreulich war die rege Diskussion, die sich entspann, besonders über den letzten Punkt, sowie über das Frauenstimmrecht und über die brennende Frage der Dienstbotenbewegung. Es wurde angeregt, die Errichtung von Kindergärten selbst in die Hand zu nehmen, da in den vorhandenen die Kinder mit Kaiserliedern und Bibelprüchen gefüttert werden, davon abgesehen, daß ihre Zahl nicht ausreichend sei. Verschiedene ehemalige Dienstmädchen lieferten reiches Material zur Dienstbotenfrage und bekräftigten die Gründung einer Organisation. Eine am Tage vorher in der „Volksstimme“ erschienene anonyme Zuschrift einer angehenden „Genossin“, die von recht rückständigen Ansichten erfüllt war und aufforderte, anstandslos den höheren Preis für die Milch zu zahlen, rief die Entrüstung der Versammlung hervor. Sie schloß sich über die Annahme der Redaktion, daß es sich hier um eine Genossin handeln könne, beleidigt. So unwichtig die Sache an sich war, zeugte sie doch von einem hohen Ehrgefühl unserer Genossinnen, die sich gelobten, den Kampf gegen den Milchwucher mit erhöhtem Nachdruck zu führen. M. R.

Der erste Schritt zu einer planmäßigen Agitation unter den Proletarierinnen wurde Mitte Oktober in Hirschberg i. R. in einer öffentlichen Versammlung gemacht. Genosse Albert-Breslau referierte in ihr über „Die Bedeutung der Politik für Arbeiter und Arbeiterfrauen“. Die gut besuchte Veranstaltung nahm die Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsvereins wie die Aufstellung einer Vertrauensperson vor, als welche Genossin Sottwald gewählt wurde. 24 Frauen und Mädchen organisierten sich sogleich und 16 abonnierten die „Gleichheit“, die somit in Hirschberg 21 Leserinnen besitzt. Der Verein wird Lese- und Diskutierabende veranstalten. Hoffentlich werden diese gut besucht, damit am Ort ein Stamm mutiger Kämpferinnen erwächst. Wir wünschen dem Verein ein kräftiges Blühen und Gedeihen. A. M.

In einer Anfang Oktober zu Eberfeld stattgefundenen Frauen- und Mädchenversammlung erstattete Genossin Voigt Bericht über die Frauenkonferenz und den Parteitag zu Mannheim. Sie führte den Anwesenden die Verhandlungen und Beschlüsse beider Tagungen, insbesondere die der Frauenkonferenz, vor Augen und stellte fest, daß die Eberfelder proletarische Frauenbewegung hinter derjenigen anderer Städte noch weit zurückstände. Die Genossinnen müßten ihr möglichstes tun, um das Versäumte nachzuholen und mit diesen gleichen Schritt halten zu können. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Krankenkassenangelegenheit“ wurde ein Antrag eingebracht, den Vorstand des Ortskrankenkassenverbandes zu ersuchen, für die weiblichen Mitglieder sämtlicher Eberfelder Krankenkassen weibliche Kassenkontrolleure anzustellen. Nach lebhafter Debatte gelangte eine Resolution im Sinne des Antrags zur Annahme. Die weiblichen Kassenmitglieder werden ersucht, für die Verwirklichung der aufgestellten Forderung einzutreten.

Frau J. Wolberg.

In einer gut besuchten Versammlung der sozialdemokratischen Frauen Jenas berichtete Genossin Rödel-Gera über die Verhandlungen der Frauenkonferenz zu Mannheim. Sie hob hervor, daß dieselbe die rastlose Tätigkeit der Genossinnen im Dienste der sozialistischen Forderungen und ihr Streben nach immer weiterer Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung zum Ausdruck gebracht hat. Die Genossinnen erklärten sich mit den Beschlüssen der Konferenz völlig einverstanden und beschloßen, dem Streben der organisierten Proletarierinnen nach stets besserem Wissen nachzukommen, während des Winterhalbjahres neben den schon vorgegebenen Vorträgen Leseabende abzuhalten. Zur Unterstützung der Vertrauensperson wurde eine Kommission gewählt, welcher die Genossinnen Burkhart, Wilhelm, Harger und Otto angehören. Die Kommission soll hauptsächlich für die poli-

tische Organisierung der Proletarierinnen Propaganda machen. Die Versammlung hat frischen Geist unter die Frauen getragen und sie angefeuert, sich mehr wie bisher der Bewegung zu widmen.

Von den Organisationen. Eine von zirka 100 Frauen besuchte Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Frauen Mannheims lauschte mit Interesse dem Bericht der Genossin Hoffmann über die Frauenkonferenz. Mit besonderer Freude begrüßte die Versammlung den Beschluß, die Referate in Broschürenform erscheinen zu lassen. Zu bedauern wäre, meinte die Rednerin, daß über die wichtige Frage der Agitation unter den Landarbeiterinnen keine und über die des Wöchnerinnenschutzes keine umfassendere Debatte stattfinden konnte. Sie betonte die Wichtigkeit der Resolution über die Dienstbotenfrage und sprach die Hoffnung aus, daß auch in Mannheim bald mit der Organisierung der Dienenden begonnen werde. Die Referentin gedachte der fleißigen Arbeit der Mannheimer Genossinnen während der Frauenkonferenz. Die Genossinnen stimmten in der Debatte den Ausführungen der Referentin zu und beschloßen, erkrankte Proletarierinnen zu pflegen, doch müßten diese mindestens ein Jahr politisch organisiert sein. In der Versammlung wurden die Frauen auf die Pflichten aufmerksam gemacht, die sie als Proletarierinnen in dem seit Wochen tobenden Kampfe, den die organisierten Mehrgesellen um ihr Koalitionsrecht führen, zu erfüllen haben. Es wurde ihnen eingeschärft, diejenigen Mehrgesellen zu boykottieren, welche ihre organisierten Gehilfen ausgeperrt oder gar hinausgeworfen haben. Die Frauen können in diesem Kampfe eine entscheidende Rolle spielen, aber zum großen Teil sind sie sich dessen gar nicht bewußt oder sie veräumen, ihre Schuldigkeit zu tun. Das hob auch der Gauleiter der Mehrgesellen, Genosse Pilschowsky, hervor, welcher den Frauen die Lage der Mehrgesellen schilderte und sie anfeuerte, diesen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Mit Begeisterung stimmten die Frauen seinen Ausführungen zu und versprochen, die ihnen in die Hand gegebene Waffe des Boykotts tapfer zu gebrauchen. Mögen sie ihr Wort halten und damit den kämpfenden Proletariern zum Siege verhelfen.

Stephanie Hoffmann.
Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Dem Parteitag für die Provinz Ostpreußen, der Anfang September in Insterburg tagte, wohnten außer einer Delegation der Königsberger Genossinnen viele Frauen aus der Stadt selbst wie aus der Provinz als Gäste bei. Dem sozialdemokratischen Verein Insterburgs, der erst im Sommer gegründet wurde, gehören schon gegen 300 Mitglieder an. Die Insterburger Spießbürger und Behörden hatten bis jetzt noch alle Versammlungen der Partei und der Gewerkschaften vereitelt. Um so größer war die Aufregung, als Plakate anzeigten, daß gar der sozialdemokratische Parteitag am Orte stattfinden werde. Polizei und Feuerwehr waren schnell auf den Beinen, diese gefährlichen Bekanntmachungen zu entfernen. Kürzlich war erst eine öffentliche Volksversammlung der Auflösung durch den Polizeieinspektor verfallen, weil sich auch Frauen unter den Besuchern befanden. Um wie viel gefährlicher aber als die Anwesenheit der Frauen in der Versammlung war die bei den Verhandlungen des Parteitags! Nach dessen Eröffnung erklärte der überwachende Polizeibeamte denn auch, er habe strikten Befehl vom Oberbürgermeister, die Versammlung, in der über Politik gesprochen werde, aufzulösen, wenn ihr Frauen beizuhören. Es blieb den Frauen nichts anderes übrig, als sich in die Nebenräume zu begeben, wollten sie den Parteitag nicht unmöglich machen. Den eindringlichen juristischen Auseinandersetzungen des Genossen Haase, der sich nach Beendigung seines einleitenden Vortrags in die Wohnung des Stadtoberhauptes begab, gelang schließlich die Zurückziehung des merkwürdigen Verbots. Nachdem bereits zwei wichtige Punkte der Tagesordnung erledigt waren, wurde es den Frauen gestattet, den weiteren Verhandlungen beizuwohnen. Die löbliche Polizei wähnt, durch Schikanen die Proletarierinnen davon zurückzuhalten, sich mit Politik zu befassen; sie ahnt nicht, daß sie dadurch ihr Interesse an dieser nur wachruft und fördert.

Der niederrheinische Parteitag, der am 21. und 22. Oktober in Hagen stattfand, zählte unter seinen 76 Delegierten 4 weibliche. Aus dem Geschäftsbericht der Agitationskommission ging hervor, daß die proletarische Frauenbewegung im niederrheinischen Agitationsbezirk ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Während der vorjährige Bericht nur 5 Orte verzeichnete, in denen sie Fuß gefaßt hatte, zählte der diesjährige deren 24 auf. Die Zahl der „Gleichheit“-Leserinnen betrug 2631, die sich auf 42 Orte verteilen, gegen 1069 im Vorjahr. Nicht eingerechnet sind dabei die vom Textilarbeiterverband an die weiblichen Mitglieder gelieferten Exemplare der Frauenzeitung. Unter den arbeitenden Frauen des Bezirks steht noch ein weites Tätigkeitsfeld offen, zu dessen gründlicher Bearbeitung es leider an Kräften fehlt, da der Bezirk in der Hauptsache auf seine eigenen rednerisch befähigten Genossen und Genossinnen angewiesen ist. Die drei besoldeten Parteisekretäre haben übergenug Arbeit, und es ist daher eine der dringendsten Aufgaben der Parteiorganisation, diesem Mangel an Agitatoren durch die Ausbildung der jüngeren Genossen und Genossinnen abzuwehren. Unter den über 700.000 im letzten Jahre zur Verteilung gelangten Flugchriften befanden sich eine Anzahl Exemplare der „Gleichheit“. Verschiedene Diskussionsredner schilderten die Drangsalierungen, durch welche die Behörden des Bezirks wähen, die proletarische Frauenbewegung, insbesondere aber die Bildungsvereine zu Tode hüteln zu können. Sämtliche Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß es gelte, diesen Schikanierungen zum Trotz im Interesse der Gesamtbewegung die Frauenbewegung zu fördern. Die

Erörterung der Frage der Jugendorganisation schloß mit der Annahme eines Antrags, Bildungsausschüsse zu berufen, die die Frage gemeinschaftlich mit dem Agitationskomitee praktisch zu behandeln und dem nächsten Parteitag über die Ergebnisse Bericht zu erstatten haben. Einem Antrag Genossen Laufenbergs zufolge wurde der Beschluß gefaßt, allerorts der Errichtung von Lehrkursen näherzutreten und das Agitationskomitee mit der Aufgabe zu betrauen, bis zum folgenden Parteitag festzustellen, inwieweit Genossen zur Verfügung stehen, welche sich zu Lehrvorträgen eignen.

Eine neue Verurteilung unserer Genossin Zieg ist zu melden. In Langendiebach soll sie bei der letzten Maiseier durch Beamtenbeleidigung gesündigt haben. In ihrer Rede hatte sie auch die von vielen Betrieben noch immer beliebte Praxis der Schikanen uns gegenüber geißelt und dabei dem Sinne nach ungefähr gesagt: Die Lören, sie wähen durch solche Nadelstiche die sozialistische Bewegung aufzuhalten. Der Überwachende bezog diesen Satz auf sich und stellte Klage. Das Schöffengericht zu Langendiebach trat seiner Meinung bei und ahndete die Missetat mit 14 Tagen Gefängnis. Der Klassenstaat läßt sich angelegen sein, der unermüdlichen, aufopfernden Genossin Zieg die „Vichtsseiten der heutigen Ordnung“ in aller Schönheit zu zeigen.

Es ist dringend wünschenswert, daß die Genossinnen die erfolgte Neuwahl sowie Adressenänderungen ihrer Vertrauenspersonen sofort der Unterzeichneten melden.

Ottilie Baader,
Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands,
Berlin S 53, Blücherstraße 49, Hof II.

Politische Rundschau.

In Frankreich ist es zu einem Ministerwechsel gekommen. Obschon nur Nebenfragen mehr persönlicher Natur die Amtsniederlegung des früheren Ministerpräsidenten Sarrien herbeigeführt haben, ist die Neubildung des Kabinetts von größerer Bedeutung für die politische Entwicklung Frankreichs. Hat doch der bisherige Minister des Innern, Clemenceau, die Ministerpräsidentenschaft übernommen und damit Gelegenheit erhalten, der Regierungspolitik den Stempel seiner Persönlichkeit und seiner politischen Anschauungen aufzudrücken.

Clemenceau ist der Hauptvertreter der sogenannten radikal-sozialistischen Partei, wie man sie in der deutschen Presse in mangelhafter Übersetzung der französischen Parteibezeichnung nennt. Es soll durch jene Parteibezeichnung nämlich nicht etwa ausgedrückt werden, daß jene Richtung einem besonders radikalen Sozialismus huldigt. Die Bezeichnung hat sich vielmehr historisch so entwikkelt, daß in der bürgerlichen republikanischen Linken sich ein radikaler Flügel bildete, aus dem sich dann wieder eine besondere Gruppe durch Annahme einzelner sozialistischer Forderungen absonderte. Dieser Gruppe, die also sowohl entschieden republikanisch wie sozialen Reformen zugeneigt ist, gehört Clemenceau an. Man könnte ihn und seine Freunde also nach der bei uns üblichen politischen Nomenklatur etwa als bürgerliche Demokraten mit sozialreformerischen Neigungen bezeichnen.

Clemenceau gilt, was Intelligenz und Tatkraft anbetrifft, für den zweifellos bedeutendsten Vertreter dieser Richtung. Daß er nicht früher schon in die leitende Stellung gekommen ist, erklärt sich daraus, daß seine Partei erst allmählich zu einer solchen Stärke angewachsen ist, daß sie den Kern der bürgerlich-republikanischen Regierungsmehrheit bilden konnte. Clemenceau und seine Partei haben also jetzt freie Bahn, zu zeigen, was sie leisten können. Nun darf man dem Ministerium Clemenceau zwar zutrauen, daß es in der Abwehr nationalistischer und clerikaler Bestrebungen die größte Energie betätigen und deshalb die Trennung von Kirche und Staat konsequent durchführen wird, aber seine sozialen Reformen werden schwerlich über das Maß hinausgehen, was von gemäßigten Sozialreformaten verschiedener bürgerlicher Richtungen in allen kapitalistischen Ländern zugestanden zu werden pflegt.

Zwei frühere Mitglieder der sozialistischen Partei, die sich jetzt gleich Millerand „unabhängige Sozialisten“ nennen, sind dem Kabinetts beigetreten: Briand als Unterrichtsminister, welchen Posten er schon im Ministerium Sarrien bekleidete, und Viviani als Minister für Arbeiterfragen und Hygiene, also in einem neuen, für soziale Bestrebungen eigens geschaffenen Amte. Die Auffassung, daß ein oder zwei Sozialisten in einem bürgerlichen Kabinetts eine ernstlich sozialistische Politik treiben könnten, ist auch in den Reihen unserer französischen Parteigenossen nach der Erfahrung mit Millerand längst überwunden. Man erwartet auch von Briand und Viviani nur Sozialreformen im Rahmen der bürgerlichen Staatsräson.

Charakteristisch für die Eigenart des Kabinetts ist die Ernennung Picquarts zum Kriegsminister. Denn Picquart war derjenige Offizier, der, damals noch Oberst, in der Dreyfus-Affäre gegen das verworfene Inzigenpiel der mit Fälschungen operierenden Generalstabschefs mit aller Entschiedenheit ankämpfte und deshalb aus dem Dienst entlassen wurde. Seine Ernennung zum Kriegsminister ist ein Schlag ins Gesicht der reaktionären Sippe, die in der Armee ihre Hauptkraft besitzt. Trotzdem bedeutet Picquarts Ministerchaft keineswegs einen Bruch mit dem System des Militarismus. Es wird nur versucht werden, einige Auswüchse des Militarismus zu beschneiden. Die Gefahr, mit der er ein Volk bedroht, kann jedoch nur beseitigt werden durch den völligen Bruch mit dem System der stehenden Heere. Davon ist aber auch der „radikale“ Clemenceau weit entfernt.

wie aus der im Senat und in der Deputiertenkammer verlesenen programmatischen Regierungserklärung hervorgeht. Am wesentlichsten unter den militärischen Neuerungen ist die Aufhebung der Kriegsgerichte, womit in Frankreich dem groben Unfug ein Ende gemacht werden soll, daß das Militär durch ein gesondertes Gerichtswesen einen Staat im Staate bildet. Man muß indes den Besetzungswurf abwarten, um beurteilen zu können, ob nicht vermittels der angeforderten Vorkehrungen zur Sicherung der Disziplin doch wieder eine teilweise gerichtliche Sonderstellung des Militärs eingeführt wird. Wenn es da zum Beispiel heißt: „Die Disziplin werden wir dadurch zu sichern wissen, daß wir verlangen, daß sie von oben komme“ — so klingt das völlig rätselhaft. Soll damit nur gesagt werden, daß die höheren Vorgesetzten durch ihren Gehorsam gegen die Gesetze des Landes den Soldaten mit einem guten Beispiel vorangehen müssen, so hätte das füglich anders und deutlicher ausgedrückt werden können. Abzusehen ist das Ministerium angezogen des nun einmal bestehenden gegnerischen Verhältnisses der Staaten zueinander die Rekrutierung bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit durchzuführen, um das Land verteidigungsfähig zu erhalten. Daß Clemenceau und Genossen zu einem solchen Zwecke aber ein stehendes Heer aufrecht erhalten wollen, ist der springende Punkt in ihrer Militärpolitik. Denn läme es ihnen nur auf die Landesverteidigung an, so würden sie mit der allgemeinen Volksbewaffnung und der Ausbildung der jungen Leute nach dem Milizsystem das besser erreichen können als durch das Beharren bei dem Heeresystem des Absolutismus, das jederzeit wieder ein Unterdrückungswerkzeug in den Händen streupelloser Gewaltmenschen werden kann.

Natürlich betonen denn auch diese radikalen bürgerlichen Demokraten ihr Festhalten an dem Bündnis mit dem Zarismus. Der Gedanke, den Zaren samt seinen glorreichen Generalen und Admiralen noch einmal als Bundesgenossen in einem Kriege gegen den äußeren Feind benutzen zu können, läßt alle Erwägungen in den Hintergrund treten, daß eine zu den Grundzügen freier Selbstregierung eines Volkes sich bekennende Regierung sich durch eine solche Bundesgenossenschaft befudelt. Durch seine Betonung der russischen Freundschaft ebnet Clemenceau den Zarenhergen den Weg zu den Geldschränken der französischen Kapitalisten. Und der von dem radikalen Demokraten Clemenceau begonnene Geldpump des Zaren wird dann auch zur Niederkartätschung der russischen Freiheitskämpfer verwandt werden.

So bewegt sich zweifellos die Politik des Kabinetts Clemenceau in der nämlichen Richtung wie die seiner Amtsvorgänger in den letzten Jahren. Eine neue Ara bricht damit nicht für Frankreich herein. Unsere Genossen in der französischen Kammer haben denn auch durch ihr Verhalten bei der Abstimmung über das übliche Vertrauensvotum — sie enthielten sich der Abstimmung — zu verstehen gegeben, daß sie auf Worte nichts geben und erst einmal die Laten des Ministeriums abwarten wollen.

Auch Osterreich-Ungarn hat seinen Ministerwechsel gehabt, allerdings nur in einer einzigen Person. Der gemeinsame Minister der beiden Reichshälften für auswärtige Angelegenheiten, Herr von Goluchowski ist durch den bisherigen Botschafter in Petersburg, Herrn von Lehrenthal ersetzt worden, ein polnischer Junker durch einen deutschen, der nämliche Jaden, nur eine andere Nummer. An dem diplomatischen Schlenbrian der sogenannten Großmächtepolitik des zerrissenen Osterreich-ungarischen Staatswesens wird das nichts ändern.

Höchst bedeutsam aber für die Entwicklung Osterreichs selbst ist es, daß es endlich gelungen ist, die Osterreichische Wahlreform durch die Ausschubberatung hindurchzubugieren. Damit ist die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer, die über 24 Jahre alt sind und ein Jahr in einer Gemeinde ihren Wohnsitz gehabt haben, so gut wie gesichert. Denn die Obstruktion der reaktionären Minderheit wird die Durchdrückung des Gesetzes im Plenum des Reichsrats zwar noch hinauschieben, aber nicht mehr hindern können. Wird das Ziel erreicht sein, wird das allgemeine Wahlrecht in Osterreich eingeführt, so ist damit zwar noch nicht unser Ideal eines Wahlrechtes erfüllt — denn abgesehen von einzelnen minder wichtigen Einschränkungen fehlt auch noch die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen —, aber es ist doch hauptsächlich das Verdienst unserer Genossen, daß es überhaupt in dem von Nationalitätsstreitigkeiten zerrissenen Osterreich zu dieser Reform gekommen ist, von der allein sich noch eine Gesundung der Osterreichischen Zustände erwarten läßt. Unsere Osterreichischen Genossen haben mit diesem Erfolg aber auch gleichzeitig unsere eigenen Kämpfe um die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für die Einzelstaaten in Deutschland gestärkt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die vorausgesagte Wirkung der reichsdeutschen Steuerpolitik ist in der Zigarettenbanderolensteuer bereits eingetreten. Vom Hauptindustriecentrum der Zigarettenindustrie, Dresden, kommt die Meldung, daß zirka 4000 Personen, meist Arbeiterinnen, Beschäftigung und Brot verloren haben. Das sind etwa 50 Prozent der Arbeitskräfte, die in der Branche am Orte beschäftigt sind. In Berlin sind solche Massenentlassungen nur dadurch vermieden worden, daß in den meisten Fabriken nur halbe Tage gearbeitet wird. Die herrschende Arbeitslosigkeit wird noch wesentlich dadurch gesteigert, daß die Fabrikanten soviel als möglich Maschinen einführen, welche „Hände“ überflüssig machen. Infolge der Steuern ist der Absatz von Zigaretten, die mit der Maschine fabriziert sind, stärker als

zu vor. Der Raucher mußte zur billigen Sorte greifen, aber es sind auch vielfach den Konsumenten die Maschinenfabrikate als Handarbeit aufgehängt worden. Die volkstümlichen Wirkungen der Steuersucht treten also scharf hervor: Arbeitslosigkeit, raffinierte Geschäfts- und Fabrikationsmethoden, Betrug des Konsumenten und, wie wir schon lezt hin berichteten, besonders starke Ausbeutung der Arbeiterinnen. Lohnrückereien, die den Fabrikanten einen Ausgleich für die Belastung der Ware durch die Steuern schaffen sollen, werden nicht ausbleiben. Schließlich hat unter diesem Stande der Dinge auch die Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter zu leiden. In letzter Linie ist es immer wieder die Arbeiterklasse, welche die Zechen zahlen muß. Angesichts der allgemeinen Situation im Gewerbe sowie der zum großen Teil geradezu miserablen Löhne, mit welchen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen abgespeist werden, kann es nicht wundernehmen, daß es mancherorts zu Differenzen zwischen den Ausgebeuteten und Ausbeutern kommt. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ meint zwar, daß frivol jeder Anlaß benutzt werde, um Differenzen hervorzurufen, und ein Tabakfabrikant läßt in ihren Spalten ein gar beweglich Klagegeld erschaffen über die Uneinigkeit der Unternehmer, welche der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zugute komme. Er seufzt: „So geht es weiter, eine Firma wird nach der anderen abgeschlachtet.“ Wer und was aber die Differenzen verursacht und wer in Wahrheit abgeschlachtet wird, darüber schweigt der Sänger des edlen Scharfmacherorgans.

In der Textilindustrie geht die Bewegung für die Regelung der Arbeitsverhältnisse munter weiter. In einer Reihe kleiner Orte sind Bewegungen zugunsten des Zehnstundentags im Gange. Eine lebhafteste Agitation für Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne wird in Sachsen betrieben. Auch in Süddeutschland gärt es. Eine Konferenz der Zuteilarbeiter und -arbeiterinnen tagte in Braunschweig. Sie beschloß, in Berücksichtigung dessen, daß die Arbeit in den Zuteilfabriken eine äußerst anstrengende und gesundheitschädigende ist, die neunstündige Arbeitszeit zu verlangen. Ferner soll ein einheitlicher Lohnsatz und die Beseitigung des Affordlohnsystems angestrebt werden, desgleichen achtstägige Lohnzahlung statt der vielfach noch bestehenden vierzehntägigen. Die Konferenz sprach sich weiter gegen die heuchlerische „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Arbeiterwohnungen aus sowie gegen das Prämienystem. Es ist allgemein bekannt, in welchem hohem Maße die Arbeiterwohnungen und das Prämienystem die Ausbeutung und Knechtung der Arbeiter auf die Spitze treiben.

Auch in der Stickereiindustrie und den ihr verwandten Berufen, wie der Kurbelstickerei usw., regen sich die Arbeiterinnen. In Berlin und im Hauptstiz der Branche, im Erzgebirge, ist eine Bewegung im Gange. Trotz des krassen Glanzes ihrer Lage halten die in der Stickerei usw. beschäftigten Arbeiterinnen ihren Beruf für etwas „Besonderes“, „Besseres“. Von Kaffeedünkel erfüllt, haben sie ihre Hungerlöhne mit einem gewissen „Künstlerstolz“ ertragen. Ihre gewerkschaftliche Organisation haben sie in der Folge gänzlich vernachlässigt, wie dies auch die Arbeiter manches anderen Berufs getan haben, der als ein „besserer“ gilt. Mit den Jahren haben sich nun ihre Arbeitsverhältnisse derart gestaltet, daß sie unter denen der einfachsten Handlanger stehen. Hoffentlich holen die Arbeiterinnen durch große und dauernde Mühseligkeit nach, was sie in puncto der Organisation bis jetzt veräußert haben.

Zum Buchbindereigewerbe scheint schon wieder der Friede gefährdet, der nach 15wöchigen heißen Kämpfen zustande gekommen war. Anlaß dazu geben die Tarifbestimmungen, die Arbeiterinnen betreffend. Die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne sollte wie die der Gehilfenlöhne ab 1. November dieses Jahres eintreten, so nahm man nach den Berichten der Beauftragten an, welche die Unterhandlungen geführt. Die Gehilfenvertreter scheinen jedoch beim Abschluß des Tarifvertrages die notwendige Sorgfalt außer acht gelassen zu haben. Sie haben einen Vertrag unterzeichnet, aus dem die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne erst mit dem 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt. Der Arbeiterinnen in Berlin, die bekanntlich sehr gut organisiert sind, hat sich darob ein großer Unwille bemächtigt. Sie haben den Verbandsvorstand beauftragt, in der Angelegenheit mit dem Unternehmerverband in Unterhandlung zu treten. Ob dabei etwas für die Arbeiterinnen herauspringen wird, ist in der Situation und der Prozenhaftigkeit der Buchbindereibesitzer mindestens zweifelhaft.

Der Transportarbeiterverband hat in Berlin für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Belfirma Tengelmann (Kaffeegeschäft) einen Tarifvertrag abgeschlossen, der ab 1. d. M. in Kraft getreten ist. Unter anderem ist festgesetzt: Für jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren beträgt der Stundenlohn 15 und 16 Pf. Arbeiterinnen über 16 Jahren erhalten 18 1/2 bis 21 1/2 Pf. und Lagerarbeiterinnen 22 bis 27 Pf. Das ist ein guter Anfang. Hoffentlich wird der Vertrag verallgemeinert und gewinnt für sämtliche Filialen der Firma Geltung.

Die Tarifänderungen im Buchdruckgewerbe haben in den Kreisen der Gehilfen teilweise leidenschaftliche Opposition hervorgerufen. In Berlin und vielen anderen Städten erklärten sich Versammlungen von den Tarifvereinbarungen nicht befriedigt und verlangten eine Erneuerung der Beratung. Die Verbandsleitung erklärte eine solche für unmöglich, da die Abmachungen bereits bindend seien. Nach der ganzen Sachlage kann eine Befriedigung über die neuen Tarifvereinbarungen nicht auskommen. Trotzdem feiert der „Korrespondent“, das Verbandsorgan, die Resultate in überschwenglicher Weise. Er jubelt von einer andbrechenden „gewerblichen Friedensära“, in der die einigenden Momente

den Vorrang gewinnen, so daß aus einer „Politik des Waffenstillstands“ eine „Politik der Verständigung“ hervorgehen wird. Mit Recht hat die Partei- und Gewerkschaftspresse sich scharf gegen diese Friedenspalmbode gewendet. Das „Korrespondenzblatt“, das Organ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, schreibt, daß es eine völlige Verkenning der Aufgaben der Gewerkschaftspresse bedeute, den Arbeitern „angefichts eines solchen Tarifabschlusses die Preisgabe der Waffenstillstandspolitik und deren Ersatz durch eine prinzipielle Friedenspolitik dauernder Verständigung zu empfehlen. Die Gewerkschaftspresse hat die Aufgabe, die Mitglieder zu zielbewussten Gewerkschaftskämpfen zu erziehen; das geschieht durch die Betonung des Klassenkampfes und Klassenkampfes, besonders in solch wichtigen Momenten, nicht aber durch die Propaganda einer vorbehaltlosen Verständigungspolitik.“ Die vielen und schweren Kämpfe, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter überall zu führen haben, zeigen sinnersfällig, daß der Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in aller alten unverfälschten Schärfe besteht. Die Ara des Friedens kann erst mit dem Sieg der organisierten Arbeit über das Kapital andbrechen. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Gründung einer Dienstbotenorganisation in Hamburg ist beschlossene Sache. Sie wurde eingeleitet durch ein prächtiges Referat, welches Genossin Zieh am 28. Oktober in einer öffentlichen Dienstbotenversammlung über das Thema hielt: „Dienstmädchen, aufgewacht.“ Über 1000 Personen nahmen an der Versammlung teil, darunter auch bürgerliche Damen, die mit Spannung die Entwicklung der Dinge verfolgten. Die Referentin betonte, daß die zu schaffende Dienstmädchenorganisation den freien Gewerkschaften gleich aus dem Boden des Klassengegenesses stehen müsse. Ihre Aufgabe sei es, kräftig einzutreten für die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Löhne, der Behandlung, Behausung und Beschäftigung und vor allem für die Abschaffung der Gesindeordnungen, des weiteren für die Errichtung unentgeltlicher Stellennachweise. Durch Beispiele bewies Genossin Zieh, daß die Klagen der Dienstmädchen über ihr Loß nur zu berechtigt sind. Besonders beleuchtete sie dabei die meist miserablen Schlafräume, die Krankheiten und sittliche Gefahren bedingen. Als Verdienst ergibt sich in der Regel ein Stundenlohn von 2 bis 3 Pf. Dem prächtigen Referat folgten die Zuhörer mit größtem Interesse und unterbrachen es bei besonders drastischen Stichproben aus dem Dienstbotenleben mit lebhaftem Beifall. Während der Diskussion wurden zwei Zettelchen mit je 13 Grammm Butter herumgereicht, um zu zeigen, wie viel Butter die Mädchen bei jeder Mahlzeit verbrauchen dürfen, wenn die ihnen gnädigst bewilligten dreiviertel Pfund Butter oder gar Vitello für die Woche reichen sollen. Genossin Mangel's kritisierte in der Debatte die Geflogenheit des Jugendklubvereins, jungen Mädchen unter dem Vorgeben, sie anlernen zu wollen, auffallend niedrige Löhne von 1 Pf. pro Stunde an zu offerieren. Die Rednerin stellte fest, daß Tagmädchen für einen Wochenlohn von 4,50 Mk. an arbeiten, und daß ihnen nach Abzug von 2,50 Mk. für Logis und 25 Pf. Kranken- und Invalidengeld 25 Pf. pro Tag bleiben. Die Dienstmädchen mühten oft, wenn die Herrschaften verweist sind, bei 1 Mk. täglichem Kostgeld Schulden machen, wie durch detaillierte Berechnungen erhärtet wurde. Herr Gröper betonte die Notwendigkeit steigender geistiger Bildung der Dienstboten und führte einen ihm bekannten Fall an, in welchem eine fromme Dienstherrin die von ihr beliebten Bestunden in die Nacht nach Schluß der Arbeit verlegte. Fräulein Gaape beleuchtete durch Beispiele das Dienstbotenelend. In einem der angezogenen Fälle erhielt ein junges Mädchen Wurfstift statt Butter; in einem anderen mußte ein 16jähriges Mädchen von morgens 5 bis abends 11 Uhr arbeiten; in einem dritten ein Mädchen an einem Durchgang für das Personal schlafen. Frau Wendt, die Vorsitzende des Jugendklubvereins, verteidigte diese Organisation und behauptete, daß sie eifrig für das Wohl der Dienstmädchen eintrete. Sie besritt auch, daß die Löhne so niedrig seien, als angegeben. Genossin Zieh sprach den bürgerlichen Damen die Befähigung ab, eine proletarische Dienstbotenbewegung leiten zu können. Genossin Fahrwald schilderte die sittliche Gefahr, in welcher ein 14jähriges Mädchen durch die Hoheitsakte eines Dienstherrn gegen seine Angehörigen schwebte. Am Schluß der Debatte wurde eine Hausordnung verlesen, welche einer Hausflavin die Verwendung jeder Minute Zeit vorschreibt. 200 Mädchen meldeten ihren Beitritt zu dem neuen Verein an, der ein Einschreibegeld von 20 Pf. erhebt und für einen Monatsbeitrag von 30 Pf. seinen Mitgliedern die „Gleichheit“ liefert. Der größte Teil der sich Meldenden entrichtete diese Gebühren sofort. Ein dreifaches Hoch auf das glückliche Gedeihen der neuen Organisation schloß die großartige Versammlung. Verta Mangel's.

Eine allgemeine Dienstbotenversammlung in Fürth hörte kürzlich einen Vortrag von Genossin Grünberg über „Dienstbotenelend und Unsitlichkeit“, dessen wesentlichste Gedankenänge schon in voriger Nummer wiedergegeben worden sind. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß der Mangel an Dienstboten nicht verwunderlich und nur die Schuld der Herrschaften ist. Sie treiben die Mädchen durch Schikanierungen zum Aufgeben des Dienens. So brachte in Fürth ein Dienstherr seinem Mädchen beim Austritt aus dem Dienst von einem Monatslohn von 12 Mk. 1 Mk. für Krankenkassenbeiträge und 1,40 Mk. für zerbrochene Fensterscheiben in Abzug. Der Herr wußte, daß er das Geld

nicht vom Lohne abziehen durfte, aber er wußte auch, daß das Mädchen nach München zog und den Klageweg nicht ohne große Schereien hätte beschreiten können. Deshalb schickte er es kaltblütig mit 9,60 Mk. fort. Mit begeisterten Worten forderte ein Dienstmädchen ihre Arbeitsverhältnisse auf, der Organisation beizutreten und den Sklavensinn abzuschütteln. Ehe die Mädchen sich nicht selbst über die Erbärmlichkeit ihres Loßes klar sind, kann ihnen nicht geholfen werden. Sie so weit zu bringen und der Organisation zuzuführen, müssen sich alle aufgeklärten Dienstboten und alle Genossinnen angelegen sein lassen. — Am 18. November veranstaltet der Verein im Gewerkschaftshaus (Eldorfsaal) ein Herbstvergügen. +

Die Nürnberger Dienstbotenorganisation hielt am 25. Oktober eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab, die Stellung zu dem Gesindevertrag nahm, welchen Genosse Stadthagen auf Veranlassung der Berliner Genossinnen ausgearbeitet hat. (Siehe „Gleichheit“ No. 21.) Nach eingehender Diskussion wurde der Vertrag einstimmig abgelehnt, da nach der Ansicht der Versammelten durch die Zustimmung zu ihm die ruhige Entwicklung der jungen Dienstbotenorganisation gefährdet erscheint. Sämtliche Diskussionsrednerinnen erklärten sich gegen den Vertrag, obgleich er an sich ihnen zusage. Die Mitgliederversammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß im Sinne der Mannheimer Resolution weiter gearbeitet werden müsse, welche die Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung verlangt. Die Erfüllung dieser Forderung würde zur Folge haben, daß die Arbeitszeit gesetzlich geregelt und die Dienenden dem Gewerbegericht unterstellt würden. Der Passus des Vertrags, daß die Mädchen auch ohne Grund bei 3 Mk. Strafe den Dienst verlassen können, würde eine neue Rechtsungleichheit darstellen. Die Dienstboten wollen gleiches Recht mit den gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Genossin Grünberg berichtete, daß bis jetzt aus 20 Städten Deutschlands um Statuten und Material zur Gründung von Dienstbotenorganisationen nachgesucht worden ist. Der Nürnberger Verein verzeichnet für das 3. Quartal eine Einnahme von 539,07 Mk., eine Ausgabe von 283,60 Mk. und einen Mitgliederstand von 363. Als Kassiererin wurde Frau Kummel, Bergstraße 5, gewählt, in deren Händen auch die Verwaltung des kostenlosen Stellennachweises ruht. Die Mädchen sollten es als ihre Pflicht betrachten, nur diesen Nachweis zu benutzen, zumal weit mehr Herrschaften als Mädchen eingetragen sind. +

Nachschrift der Redaktion. Unserer Meinung nach hat die Nürnberger Organisation den Stadthagenschen Vertrag nicht richtig gewertet. Er steht in seinen wichtigsten Forderungen nicht im Gegensatz zu der Mannheimer Resolution, den gesetzlichen Schutz der Dienenden betreffend. Er will gleichsam Borarbeit leisten für das, was sie erstrebt. Solange die Gesetzgebung noch nicht für alle Dienenden die in der Resolution geheißten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen verwirklicht hat, will er diese wenigstens so vielen Dienenden als nur möglich vermittelt eines privaten Abereinkommens mit den Herrschaften sichern. Mit diesem Bestreben setzt er sich so wenig in Widerspruch zu der Forderung nach gesetzlichem Schutz, als die Gewerkschaften es tun, die den allgemeinen gesetzlichen Achtstundentag verlangen, aber trotzdem unablässig für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in den einzelnen Industrien, Branchen und Betrieben kämpfen.

In der Versammlung wurde des weiteren betont, der Vertrag sei undurchführbar, weil es den meisten Mädchen an Mut mangle, die entsprechenden Forderungen zu erheben. Auch diese Behauptung scheint uns nicht stichhaltig gegen den Vertrag zu sprechen. Aufgabe der Agitation und Organisation ist es, den demütigen, klavenhaften Sinn zu bekämpfen, der für tüchtige Leistungen nicht menschenwürdige Existenzverhältnisse zu fordern magt. Die Mädchen müssen daran gewöhnt, dazu erzogen werden, ihre Interessen mutvoll zu vertreten. Auch für die Dienenden gilt das wahre Wort: „Manche Arbeitgeber würden nicht Tyrannen sein, wenn viele Arbeiter nicht Sklaven wären.“ Das Vorliegen des Arbeitsvertrags ist eine gute Probe aufs Exempel, wie eine Herrschaft sich zu ihrem Dienstpersonal stellt. Und diese Probe brauchen in der Zeit des Dienstbotenmangels tüchtige Mädchen nicht zu scheuen.

Wie und wodurch die Zustimmung zu dem Vertrag die Entwicklung der Dienstbotenorganisation gefährden könne, ist uns unerfindlich. Unseres Erachtens könnte vielmehr auch er ein Mittel sein, die Organisation zu fördern und ihre Mitglieder geistig wie materiell zu heben.

In einer öffentlichen Versammlung der Hausangeestellten zu Berlin, die Ende Oktober stattfand, referierte Genosse Stadthagen über das Thema: „Gesindeordnung oder freier Arbeitsvertrag?“ Die Versammlung, die sehr gut besucht war, sollte die Bewegung der Berliner Dienstmädchen gegen die Gesindeordnung in die Wege leiten und den Anstoß zu einer regen Agitation für den in Nr. 21 der „Gleichheit“ veröffentlichten freien Arbeitsvertrag geben. Der Referent brachte diesen Vertrag zur Verlesung, erläuterte seine einzelnen Punkte eingehend und schloß mit der Aufforderung, durch die Propaganda für ihn die Notlage und Hofflosigkeit des Gesindes bekämpfen zu helfen. Genosse Unger zog in der Diskussion einen Vergleich zwischen dem Verhältnis der Dienstboten zur Herrschaft und dem Kämpfe der Gewerkschaften gegen dieses noch weit verbreitete System hin. Ein anderer Debatteredner geißelte die gewissenlose Ausbeutung der Dienenden durch die Dienstvermittler. 31 Mädchen kamen der Aufforderung Genossin Baars nach, dem Verein für die Interessen der Hausange-

stellen beizutreten. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten die anwesenden Dienstmädchen, daß die Ausführungen des Referenten vollständig ihren Anschauungen entsprechen von den Rechten und Freiheiten, die sie erstrebten. Sie erblickten in dem Vorschlag, einen freien Arbeitsvertrag zu schaffen, eine Möglichkeit, die Lage der Dienstmädchen in wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung zu heben, und versprachen, mit allen Mitteln für einen freien Arbeitsvertrag an Stelle der entwürdigenden Gefindeordnung einzutreten. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, entsprechende Schritte zur baldmöglichsten Herbeiführung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse für die Dienstmädchen zu tun.

Mutterschaftsfürsorge.

Die Praxis der Krankenkassen, bei ledigen Schwangerschaften die Wöchnerinnenunterstützung zurückzuführen (vergleiche Nr. 19 der „Gleichheit“), war auf dem letzten württembergischen Krankenkassentag zu Gmünd Gegenstand der Debatte. Die Kassenverwaltung Gmünd hatte diese sozial ebenso unverständige wie ungerechte Praxis geübt und war sogar so weit gegangen, in einem Falle einem jungen Ehepaar die Möbel pfänden lassen zu wollen, um ihre Regressansprüche zu decken. Und das, obwohl die außereheliche Geburt schon ein Jahr zurücklag und der Mann außerstande war, die Wochenunterstützung zurückzubehalten. Die Ortskrankenkasse hatte mit der Pfändung kein Glück, weil der Möbelhändler die Hand auf die Sachen legte. Dafür fand die Praxis der Kassenverwaltung die Unterstützung der Aufsichtsbehörde. Genosse Würz, der dem Vorstand der Stuttgarter Ortskrankenkassen angehört, wendete sich mit vorzüglicher Argumentation gegen die in Gmünd betriebene Auffassung. Insbesondere scharf wendete er sich auch gegen die Meinung, als ob durch die Geltendmachung des Regressanspruchs bei ledigen Schwangerschaften die Moral gehoben werde. Der Verbandstag erklärte sich gegen die geübte Praxis.

Frauenstimmrecht.

Die Deutsche Volkspartei und das Frauenwahlrecht. Auf ihrem letzten Parteitag zu München hat sich die Fraktion des bürgerlichen Liberalismus, die sich stolz Volkspartei nennt, weil sie vor allem das „Volk“ der Rechtsanwältle, Professoren, Doktoren, Kommerzienräte usw. umschließt, endlich einmal mit der Frage des Frauenwahlrechtes beschäftigt. Allerdings nicht in großzügiger und erschöpfender Weise, wie dies sich für ein wichtiges soziales Problem gebührt, das durch die geschichtliche Entwicklung gezeitigt worden ist. Vielmehr nebenbei, gelegentlich der Beratung eines Kommunalprogramms. Schon dieser Umstand charakterisiert die Mächtigkeit der geschichtlichen Erkenntnis, den Verfall in Theorie und Praxis, der auch sonst zu den hervorsteckendsten Merkmalen der Volkspartei gehört. Noch mehr traten diese Gebrechen bei den Verhandlungen über die strittige Frage hervor. Die zur Vorberatung des Kommunalprogramms eingesetzte Kommission hatte sich um eine klipp und klare Stellungnahme zum Frauenwahlrecht herumgedrückt. Sie legte dem Parteitag folgenden Passus vor: „Solange die Frage des Frauenwahlrechtes noch keine reichs- oder landesgesetzliche Regelung erfahren hat, soll den Gemeinden mindestens das Recht zustehen, Frauen als beratende Mitglieder in Kommissionen der Gemeindeverwaltung (zum Beispiel für Armen- und Bildungswesen, in der Familienpflege) zu wählen. Für die im Erwerbleben tätige Frau ist jedenfalls schon heute das Stimmrecht für die Gemeindevahl zu fordern.“ Der Satz stellt ein schlaues, feinsinniges Kompromiß dar zwischen der spießbürgerlichen Abneigung vor der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes und den Bedürfnissen einer revolutionierten Zeit, die sich unaufhaltsam durchzieht. Er entbehrt gerade einer unzweideutigen Erklärung über den Kernpunkt der Frage, nämlich wie die Volkspartei sich zu einer „reichs- oder landesgesetzlichen Regelung“ des Frauenwahlrechtes stellt. Erfreulicherweise stieß die aufgetischte Unterhaltigkeit auf Widerpruch. Der Referent Dr. Haas empfahl unter Hinweis auf die veränderte Stellung der Frau die entschiedenste Stellungnahme zugunsten des Frauenwahlrechtes. Die Zeit, da die Frau ins Haus gehöre, sei längst vorbei. Die Volkspartei müsse in dieser Frage, wie in vielen anderen, umlernen. Herr Haas betonte, daß er mit dieser seiner Anschauung bei seinen eigenen Parteigenossen auf den stärksten Widerstand stoße. Er forderte daher, daß ein Parteitag die Frauenwahlrechtsfrage gebührend behandle. Die Herren Balzer, Köppler, Kremer und Hummel traten entschieden für das Frauenwahlrecht ein. Wenn die Demokratie nicht im Kampfe für die Gleichberechtigung der Frau vorangeht, so geht dieser Kampf ohne die Demokratie voran, meinte Herr Balzer. Herr Köppler erklärte, die Frankfurter Delegierten seien beauftragt, für das unverkürzte Frauenwahlrecht einzutreten. Sie hätten sich jedoch im weiteren Ausschuss davon überzeugt, daß sich augenblicklich nur eine verlausulierte Fassung erzielen ließe, und verzichteten auf eine Formulierung im Programm. Als Bremser traten vor allem die württembergischen Delegierten auf, die Herren Payer, Liesching, Kercher, denen sich der Münchener Professor Quidde zugesellte. Die hiederer württembergischen Volksparteiler bedienen sich ja seit Jahren des Frauenwahlrechtes als des Baumans, der politischen Kindern vor der Sozialdemokratie gruselig machen soll. Wird ihnen dieser Baumans von den eigenen Parteigenossen zerissen, woher dann die „geistigen Waffen“ im Kampfe gegen den „Umschwung“ nehmen und nicht stehen! Freilich wagten die Herren nicht, entschieden wider den Stachel des Fort-

Schritts zu lecken. Die entwickelten lehrerischen Forderungen bekämpften sie nicht grundsätzlich mit den philisterhaften Stammtischwägen, mit denen sie sonst in ihren Reden und in ihrem Organ über das Frauenwahlrecht herzufallen pflegen. Dafür trugen sie aber allerhand praktische und taktische Bedenken kleinlichster Art gegen eine grundsätzliche Stellungnahme vor. Herr Liesching, der die Geschichte vom Standpunkt eines juristischen Paragraphenfabrikanten aus betrachtet, erklärte, es müsse erst noch mehr staatsrechtliche und gesetzliche Vorarbeit geleistet werden, ehe die Frage des Frauenwahlrechtes gelöst werden könne. Nach Herrn Payers Auffassung hat die historische Entwicklung offenbar ihre Maße und ihre Formen von den parlamentarischen Arbeiten in der schwäbischen Kammer zu entnehmen. Die Demokratie soll nach ihm die „Regelung des Frauenwahlrechtes in Aussicht nehmen“. Einen „willkürlichen Anfang“ mit seiner Einführung in die Gemeinde zu machen, gehe nicht an. In das Kommunalprogramm sollten nur nach der „innersten Überzeugung“ der Volksparteiler „durchführbare“ Forderungen aufgenommen werden. Also der erste Führer der Partei. Herr Kercher sorgte dafür, daß der alte wohlbekannte Clownton in der Behandlung der Frage nicht fehlte. Nach der tiefgründigen und erhabenen Meinung dieses „Jugenddemokraten“ darf das Frauenwahlrecht nicht eingeführt werden, wenn nicht zugleich eine Erleichterung der Ehescheidung geschaffen wird. Professor Quidde bewies, wie so oft schon, daß der harmlose Weber Zettel in dem demokratischen Löwenfell steckt. Er stellte sich als Anhänger der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes vor, erachtete es aber für undemokratisch, einer Minderheit der Parteigenossen „noch nicht durchaus geklärte“ Forderungen aufzuzwingen. Deshalb müsse aus dem Programm die Forderung des beschränkten Frauenwahlrechtes gestrichen werden. Die Abstimmung ergab, daß die Deutsche Volkspartei nicht nur auf die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechtes verzichtet, sondern daß ihr sogar der Satz von den „im Erwerbleben tätigen Frauen“ noch zu weit ging. Er wurde gestrichen. Diese bürgerliche Demokratie ist die Zämmlichkeit in Person. Die Verhandlungen hatten übrigens noch ein erheiterndes Nachspiel im „Beobachter“, dem Organ der württembergischen Volkspartei. Dieses edle Blatt erhob drohend den schulmeisterlichen Warnfinger und erklärte, daß Konrad Haußmann — einer der einflussreichsten Führer der Volkspartei — nach wie vor Gegner des Frauenwahlrechtes sei, „weil nur ein kleiner Bruchteil auch der hochgebildeten Frauen Interesse für politische Fragen habe“. Die Volkspartei verharret also zurzeit noch in der berühmten Pöse des Mannes, „dem's zu Herzen ging, daß ihm der Zopf nach hinten hing“. Sie „möcht' es anders haben“, sie „dreht sich links, sie dreht sich rechts“: — der Zopf, der hängt ihr hinten.

Frauenbewegung.

Der erste württembergische Frauentag hat Ende Oktober in Stuttgart stattgefunden. Er ließ scharf in Erscheinung treten, daß die bürgerliche Frauenbewegung Schwabens das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die sogenannten „Wohlfahrtsbestrebungen“ und Frauenbildungsfragen legt, nicht auf den Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes. Dem Frauentag wurde dafür das „allerhöchste“ Glück zuteil, eine Vertreterin der Königin und eine leibhaftige Palastdame derselben in seiner Mitte zu sehen. Alle Frauenvereine des Landes waren auf der Tagung vertreten, der etwa 400 Teilnehmerinnen beiwohnten. Fräulein Pland bezeichnete in ihrem Referat über „Aufgaben und Ziele des Verbands württembergischer Frauenvereine“ die Hebung der wirtschaftlichen Lage, sowie der sozialen und rechtlichen Stellung der Frau. Der Frauentag verhandelte im Anschluß an Referate über folgende Fragen: „Die Mitarbeit der Frau an der Jugendfürsorge nach der Schulenkassung“; „Das Kostfieberwesen“; „Die Bedeutung von Rechtskenntnis für die Frauen“; „Die Frauen in der kommunalen Schulverwaltung“; „Die obligatorische Mädchenfortbildungsschule“; „Die obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule für Mädchen“. Die Verhandlungen brachten im einzelnen manche gute Äußerung, entbehrten aber der höheren Gesichtspunkte, weil die Einzelfragen so gut wie losgelöst von den allgemeinen sozialen Zusammenhängen erörtert wurden. Anerkennend sei vermerkt, daß betreffs der „Wohlfahrtsbestrebungen“ die Unzulänglichkeit des privaten Wirkens betont und gefordert wurde, Gemeinde und Staat müssten eingreifen. Ein tapferer Vorstoß, die württembergischen Frauenvereine zum entschiedenen Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes zu drängen, zeitigte ein klägliches Resultat. Fräulein von Soden legte dem Frauentag folgende Resolution vor: „Der erste württembergische Frauentag erklärt es für die Pflicht aller Frauen, sich für Politik, das heißt für alle öffentlichen Angelegenheiten zu interessieren und an den Aufgaben der Gemeinde und des Staates mitzuarbeiten.“ In ihrer Begründung der Resolution setzte sich Fräulein von Soden scharf mit der einsichtslosen Äußerung Haußmanns über das Frauenwahlrecht auseinander, die wir an anderer Stelle mitgeteilt haben. Den tagenden „hochgebildeten“ und vor allem hochbetitelten Damen erregte das umstürzlerische Wort „Politik“ Schaudern. Die Palastdame der Königin in Person wendete sich unter anderem dagegen und forderte seine Streichung, da es „manche verletzen könne“. Diesem überwältigenden Argument einer so überwältigenden Persönlichkeit gegenüber belundeten die Damen jene lokale Untertanenunterwerfung, die ihnen als Glieder des deutschen Bürgertums geziemt. Sie nahmen mit großer Mehrheit die Resolution ohne das entsehlische, anstößige Wort „Politik“ an. Sie bewiesen da-

mit, daß sie die Geringschätzung verdienen, welche die Konrad Haußmann und tanti quanti Philister der Volkspartei für die geistige und politische Befähigung „hochgebildeter Frauen“ bekennen.

Quittung.

In den Monaten September und Oktober gingen für den Agitationsfonds der Genossinnen bei der Unterzeichnung ein: Augsburg, Beitrag für die Tour in Bayern im Oktober 30 M.; Berlin, Prozente der freiwilligen Parteibeiträge der Genossinnen des sechsten Kreises 75 M., des fünften Kreises 9,25 M.; Bremen durch Genossin Boffe 12,80 M.; Brandenburg durch Genossin Schreindt 30 M.; Chemnitz durch Genossin Niemann 130,15 M.; Dessau 20 Prozent der freiwilligen Beiträge drittes Quartal 8,92 M.; Dären durch Genossin Heuzgen 5 M.; Düsseldorf durch Genossin Wirts 17,50 M.; Dresden, Genossin Scheffler 1 M.; Eving b. Dorimund durch Genossin Bolte 10,80 M., organisierte Frauen, drittes Quartal, 5 M.; Frankfurt a. M. durch Genossin Schulze 40 M.; Gaarden-Kiel durch Genossin Andraschke 40 M.; Gera, Geitner 1 M.; Gelsenkirchen durch Genossin Bach 18,65 M.; Glauchau für Merkblätter 8,20 M.; Grohn-Begeßach durch Genossin Sternigle 10 M.; Hof durch Genossin Böckel Prozente der freiwilligen Parteibeiträge 6,60 M., gesammelt durch Fünfspennigbons 15 M.; Hamburg für Merkblätter 48,85 M.; Heidenau durch Genossin Thate 4 M.; Heeren i. Westf. durch Genossin Pählold 9,50 M.; Karlsruhe, Genossin D. 10 M.; Köln-Ehrenfeld durch Genossin Wingen 20 M.; Seehausen, Erlös von Fünfspennigbons 15 M., 20 Prozent der freiwilligen Parteibeiträge 4 M., für Versammlung am 2. Oktober durch Genossin Jöh 10 M.; Lippstadt, auf Liste gesammelt 7,50 M., für Fünfspennigbons durch Genossin Schwering 5,80 M.; Lägerdorf für Merkblätter durch Genossin Frenzel 7,50 M.; Meerane durch Genossin Fiedler für Merkblätter und Fünfspennigbons 11 M.; Magdeburg durch Genossin Mahn 25 M.; Mannheim durch Genossin Hoffmann 50 M.; München, Beitrag zu den Kosten der Versammlung am 4. Oktober 10 M.; Ottensen, vom Kassierer des Zentralwahlvereins Genossin Hagge 50 M.; Oberstein a. Nahe für Merkblätter 8,20 M.; Offenburg, überwiesenes Honorar durch Genossin Ged 8 M.; Penzberg i. Bayern durch Genossin Richernia 24,20 M.; Regensburg durch Genossin Hagen 8 M.; Saarbrücken durch Frau Stoffel 4,25 M.; Schoenlanke durch Genossin Lent 5 M.; Schleswig durch Genossin Wegner 2,10 M.; Stettin durch Genossin Horn 20 M. Summa: 644,77 M.

Dankend quittiert: Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II. Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.

Von Räte Duncker.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderschutzgesetz von 1903. In einem Schlußkapitel wird der bisherige Erfolg des Kinderschutzgesetzes beurteilt und ein vortrefflicher Ausblick auf Kinderarbeit und Kindererziehung, wie beides sein sollte, gegeben. — Im Anhang findet die Leserin das Gesetz selbst und ein Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Schließlich ist auch die Bekanntmachung hinzugefügt betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren. Das Büchlein sollte in keinem Arbeiterhaushalt fehlen; jede Mutter muß Kenntnis haben von dem derzeitigen Stand der Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland, damit sie der Ausbeutung ihrer eigenen Kinder zielbewußt entgegenzutreten, sie mildern und womöglich hindern kann. Der Preis der Broschüre ist auf 40 Pf. festgesetzt. Für die Abonnenten der „Gleichheit“, die sich zum gemeinsamen Bezug vereinigen, ist ein wesentlich niedrigerer Einkaufspreis festgesetzt.

Bestellungen nehmen entgegen alle Vertrauenspersonen, Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücher-Strasse 49, Hof II und die Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Als Weihnachtsbuch der „Gleichheit“

werden die beiden Jahrgänge der Beilage „Für unsere Kinder“ in hübscher Ausstattung am 1. Dezember erscheinen. Bei gemeinsamem Bezug durch ihre Vertrauenspersonen beziehungsweise die Vertriebsstelle der „Gleichheit“ erhalten die Genossinnen die Sammlung unter dem Ladenpreis. Wir machen die Genossinnen darauf aufmerksam und eruchen sie, sich die Verbreitung des Weihnachtsbuches angelegen sein zu lassen, dessen Herausgabe wesentlich mit durch ihre Wünsche bestimmt worden ist.

Wag's einmal.*

Von Franz Dieberich.

Du hast die Sprache. Doch wozu? Zum Schweigen?
O brauche deine Sprache kühn zum Sprechen!
Laß in dem Frühling edlen Wollens brechen
Des Schweigens Eis, das deine Rippen zeigt!

Willst du dich zählen zu den ängstlich Feigen,
Die ewig wandern auf den sichern Flächen?
Nein, wag einmal zu reisen mit den Bächen
In wilden Meeres tollten Bogenregen!

Dort, wo die Sturmflut donnert an die Düne,
Wo sich der Gisch in weißen Wirbeln bäumt,
Dort suche deines Lebens Latendüne!

Der ist ein Feind, der noch in Träumen säumt,
Zu häufen Dämme vor das Land, das grüne,
Wenn die Vernichtung schon herüberstäumt.

Wandern, ach Wandern.

Von A. R.**

Das war der Musterreisende der großen Seidenstraße Zeller & Söhne aus Zürich, Friedrich Berger. Er setzte sich in ein ruhiges Eckchen des Wartesaals. Die Menschen liefen an ihm vorüber; sie liefen schnell und sahen nach Uhren und blätterten in Büchern mit vielen Namen und Zahlen. Friedrich Berger setzte sich; neben ihm stand der schwarze Musterkoffer. Der Reisende zog die Brieftasche heraus und blätterte die Aufträge durch. Friedrich Berger konnte nicht viel reden und seine Ware loben. Das konnten andere. Da war Schreiber von Schott & Co., der log immer; und Hefler von Seidemann & Sohn, der konnte reden! Der konnte reden! So war Friedrich Berger nicht. Der legte ruhig alle die bunten Seidenläppchen auf den Ladentisch, weiße und rote, schwarze und grüne und graue, und freute sich an den Farben und nannte die Preise. Samuel Veilchenfeld, der vor zwei Jahren die große Pleite gemacht hatte, kaufte viel für seinen neuen, schönen Laden und betrachtete die Lappchen lange durch die goldene Brille mit dunklen, scharfen, heimlichen Augen. Auch Breitinger hatte gekauft — nicht viel; da redete die Frau immer mit darein; „das ist zu teuer“, und „das haben wir noch“, usw.

Dann hatte der Reisende eine Modistin besucht. Die sah spitz und scharf auf die Nummern und wollte immer handeln. Wenn sie redete, sahen die beiden Nähmädchen im Nebenzimmer scheu von der Maschine auf und blickten durch das Fenster. Da waren grüne Wispel von Straßbäumen. Dann blickten die Mädchen nach einem sauberen Schlächtergesellen; der lenkte sein Rad mit einer Hand und hielt mit der anderen den Fleischkorb. Sie freuten sich an ihm, weil er so frisch und jung war und so geschickt ausweichen konnte. „Wer wohl sein Schatz war?“ Die jungen Dinger lachten leise, und ihre Füße ruhten. Ein Schatz, das muß schön sein, ja! Da rief die Modistin: „Was seht ihr zum Fenster hinaus; habe ich euch dafür bezahlt?“ Die Mädchen setzten die Maschine in Gang, zogen den schönen, neuen Stoff unter der Nadel weg und waren still.

So sind die Mädchen heute, Herr Berger, keine will was tun. Da hat man immer seinen Arger. „Fräulein“ soll man sie auch noch nennen; sehen Sie —

„Das hier ist etwas ganz Neues.“ Die Frau griff in den Stoff, prüfte das Gewebe und die Zahlen und schwieg. —

Das waren seine Aufträge. In seiner Brieftasche war noch etwas: das Bild seiner Lenore und des Vubens. Geheiratet hatte er seine Lore noch nicht; es hatte immer am Geld gefehlt, und Friedrich Berger war so oft auf Reisen.

Kan wohnte Lore in Zürich in einem Hinterhaus drei Treppen hoch. Das war eine kleine Wohnung. Lore stopfte Strümpfe und stichte mit ihren geschädigten Fingern seine Herrenwäsche und hütete das Kind. Der Reisende stellte das schlichte Bild gegen den Streichholzständer und saß und ließ sich ein wenig Wein kommen. Den trank er langsam und blickte freundlich auf das Bild. Wenn er doch heiraten könnte und abends mit Lore zusammen am Tisch sitzen und sich etwas erzählen. Und dann würden beide nach dem Kinde sehen. Oder er würde Gedichte lesen. Das tat er manchmal heimlich. Vielleicht wurde die Buchhalterstelle frei. Buchhalter Braun war schon alt. Er sah schlecht und schrieb langsam. Ob er die Stelle wohl bekommen würde?

Das ewige Reisen, wollte es denn gar kein Ende nehmen? Da sagten die Käufer: „Wir bedauern, wir sind noch versehen“, oder: „Kommen Sie das nächste Mal wieder“, oder: „Wir brauchen nichts.“ Heute war er fünfmal abgewiesen worden.

* Aus „Die Dämmer dröhnen“, Werbestimmen. Dresden, Verlag und Druck bei Kaden & Co.

** Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers.

Er mußte sich oft abweisen lassen; dann schien ihm das Leben so ein buntes Narrenspiel zu sein wie seine Seidenläppchen. Am liebsten hätte er den verdammt schwarzen Koffer auf die Straße geschmissen oder in das blankte Fenster eines Hoflieferanten. Aber wenn solche Anwendungen kamen, so griff er nach seiner Brieftasche und dachte an die tapfere Lore und war still und ging in das nächste Geschäft: „Entschuldigen Sie, ich bin der Reisende von Zeller & Söhne aus Zürich“, und er breitete seine bunte Herrlichkeit aus.

So war sein Leben, und er besann sich und war traurig und glücklich und hatte feuchte Augen. Die Menschen liefen an ihm vorüber und keiner sah ihn an. Er blickte auf das Bild und sah den roten warmen Wein und vergaß die Welt und den Varn um ihn her.

Der Portier schellte: „Einsteigen in der Richtung nach Eisenach, Leipzig, Berlin! drittes Gleise!“

Der Reisende legte gewohnheitsmäßig die Papiere zusammen in die Brieftasche und das Bild auch; das faßte er leicht und scheu an, als ob es die Lore selber wäre. Er griff nach dem Koffer. Das ging immer weiter von der Heimat. Berger schüttelte sich und drängte mit den anderen Menschen dem Ausgang zu.

Ein gutes Gewissen.

Von Alexander L. Kielland. (Fortsetzung.)

Frau Warden bekam Angst. „Euer Mann?“ fragte sie. Die arme Frau antwortete ja — es sei ihr Mann. Heute war er nicht auf Arbeit gegangen, weil er von einem wütenden Zahnweh geplagt wurde.

Frau Warden hatte selbst an Zahnschmerzen gelitten und wußte, wie qualvoll es war. Deshalb sprach sie einige Worte aufrichtigen Mitgeföhls.

Der Mann murmelte etwas in den Bart und legte sich wieder; in demselben Augenblick entdeckte Frau Warden eine Person, die sie bis jetzt nicht bemerkt hatte.

Es war ein sehr junges Mädchen, welches in dem Winkel an der entgegengesetzten Seite des Ofens saß. Einen Augenblick starrte dies Wesen die feine Dame an; aber sofort zog es den Kopf zurück, beugte sich vornüber und drehte der Fremden den Rücken zu.

Frau Warden glaubte, daß das junge Mädchen eine Handarbeit im Schoße habe, die sie verbergen wolle; vielleicht war es ein altes Kleidungsstück, das gestopft und gestickt werden sollte.

„Weshalb aber liegt der große Junge auf dem Fußboden?“ fragte die Dame.

„Er ist lahm“ — antwortete die Mutter. Und jetzt folgten viele Klagen und eine umständliche Beschreibung über den armen Jungen, welcher nach dem Scharlachfieber hüftlahm geworden war.

„Sie müssen ihm“, begann Frau Warden, „einen Rollstuhl kaufen“, wollte sie vollenden. Aber da fiel es ihr plötzlich ein, daß es besser wäre, wenn sie selbst ihn kaufte. Es ist nicht ratsam, dem Armen so viel Geld in die Hand zu geben. Aber etwas wollte sie der Frau doch gleich geben. Denn hier wollte sie helfen, hier war wirkliche Not und Bedrängnis, und sie griff in die Tasche, um ihr Portemonnaie hervorzuholen.

Es war nicht da. Das war zu ärgerlich — es mußte im Wagen liegen.

Gerade als sie dem Weibe ihr Unglück klagen und ihr versprechen wollte, das Geld später zu schicken, wurde die Tür geöffnet, und herein trat ein elegant gekleideter Herr. Sein Gesicht war sehr voll und von einer eigentümlichen, trockenen Blässe, als äße er viel Mehl.

„Frau Warden, wie ich vermute“, sagte der fremde Herr; „ich traf Ihren Wagen oben in der Gasse; und hier bringe ich Ihnen — vernütlich Ihr Portemonnaie?“

Die Dame sah es an, — ja, allerdings, es gehörte ihr; auf der glatten Eisenblechfläche war ein schwarzes E. W. eingraviert.

„Als ich um eine Ecke bog, sah ich es zufällig in den Händen einer Dirne — einer der schlimmsten im ganzen Viertel“, erklärte der Fremde, — „ich bin nämlich Armenvorsteher im Distrikt“, fügte er hinzu.

Frau Warden dankte, obgleich der Mann ihr keineswegs sympathisch war. Als sie sich aber wieder dem Zimmer zuwandte, war sie heftig erschrocken über die Veränderung, welche plötzlich mit dessen Inzassen vor sich gegangen war.

Der Mann hatte sich im Bette ausgerichtet und stierte den dicken Herrn an; das Weib trug ein häßliches, gemeines Lächeln zur Schau, und der arme kleine Lahme hatte sich bis an die Türe gewälzt, und auf seine mageren Arme gestützt, stierte er empor wie ein kleines Tier.

Und in all diesen Augen lag derselbe Haß, derselbe kampfbereite Troß — und jetzt war es Frau Warden, wie wenn sich ein ungeheurer Abstand zwischen sie und das arme Weib legte mit dem sie soeben noch so offen und vertraulich gesprochen hatte.

„Wie du heute wieder aussiehst — Martin!“ sagte

der Herr mit einer ganz anderen Stimme, „ich habe mir wohl gedacht, daß du heute nacht dabei gewesen bist. Ja ja! — heute nachmittag werden sie dich abholen. Du kommst auf zwei Monate ins Gefängnis.“

Plötzlich brach es los — wie ein Wasserfall! Mann und Frau schrien durcheinander, das Mädchen kam hinter dem Ofen hervor und stimmte ein, der Lahme schrie und wälzte sich — die Worte waren nicht zu unterscheiden, aber die Leute, die Augen, die Hände — es war, als müsse der kleine dumpfe Raum durch all die Leidenschaft, die hier explodierte, auseinander gesprengt werden.

Frau Warden erbleichte und erhob sich. Der Herr öffnete die Türe und beide eilten hinaus. Im Korridor hörte sie das fürchterliche Lachen eines Weibes hinter sich her ertönen. Das mußte die Frau sein, — dieselbe Frau, die so milde und traurig von den armen Kindern gesprochen.

Fast unwillig folgte sie dem Manne, der diese erschütternde Veränderung hervorgerufen hatte, und als sie nun miteinander über die Gasse gingen, hörte sie ihm mit stolzer, vornehmer, kalter Haltung zu.

Aber nach und nach veränderte sie die Miene. Es lag doch so viel Wahrheit in allem, was er sagte.

Der Armenvorsteher sprach davon, wie wohl es ihm tue, zu sehen, daß eine Dame wie Frau Warden so viel Herz für die belagerten Armen habe. Wenn es auch zu beklagen, daß selbst die wohlgemeinteste Hilfe so oft in die unrechten Hände komme, so bliebe es doch immer etwas Schönes und Erhebendes, daß eine Dame wie Frau Warden —

„Aber“, unterbrach sie ihn, „bedürfen denn diese Menschen der Hilfe nicht im höchsten Grade? — Ich empfinde den Eindruck, daß besonders die Frau einmal bessere Tage gesehen haben müsse — wenn dort Hilfe zu rechter Zeit käme — könnte man ihr möglicherweise wieder empor helfen.“

„Es tut mir leid, Ihnen sagen zu müssen — gnädige Frau — daß sie — eine sehr berühmte öffentliche Person gewesen“, sagte der Armenvorsteher in mildem, klagendem Tone.

Ein Schauer überlief Frau Warden.

Mit einem solchen Weibe hatte sie gesprochen — über Kinder gesprochen; sie hatte sogar ihres eigenen Kindes erwähnt, das daheim in seiner reinen Wiege lag. Es war ihr beinahe, als müsse sie nach Hause eilen, um zu sehen, ob es noch gesund und rein wie zuvor geblieben.

„Und das junge Mädchen?“ fragte sie furchtbar.

„Ja — gnädige Frau — haben Sie denn nicht ihren Zustand bemerkt?“

„Nein — Sie meinen?“

Der fette Herr murmelte einige Worte.

Frau Warden fuhr zusammen: „Mit dem Manne! — dem Manne im Hause!“

„Ja, gnädige Frau! Es tut mir leid, Ihnen das erzählen zu müssen, aber Sie können sich doch vorstellen, daß diese Menschen“ — und er flüsterte wieder.

Das war zuviel für die vornehme Frau. Ein Schwindel erfaßte sie, und dankbar nahm sie den ihr dargebotenen Arm des Herrn. Jetzt gingen sie schnell auf den Wagen zu, der etwas weiter von der Stelle entfernt hielt, wo sie ihn verlassen. Denn der Unersehenerliche hatte ein Kunststück ausgeführt, das sogar der Wigbold mit einem Kernfluch anerkannt hatte.

Nachdem er eine Zeitlang gerade und unbeweglich wie eine Kerze auf dem Bock gesessen, hatte er die fetten Tiere Schritt für Schritt zurückgehen lassen, bis sie an eine unmerkliche Erweiterung der Gasse gekommen, die unsichtbar für alle anderen Augen war, nur nicht für die eines ausgelehrten herrschaftlichen Kutschers.

Ein ganzes Knäuel wilder, zerlumpter Kinder umschwärzte den Wagen, sie taten was sie konnten, um die Fetten außer Fassung zu bringen. Aber der Geist des Unersehenerlichen war in ihnen.

Und nachdem er mit ruhigem Blick den Abstand zwischen zwei Treppenstufen an beiden Seiten der Straße gemessen, ließ er die Pferde langsam und Schritt für Schritt eine Wendung machen — so scharf, so knapp, daß es ausfah, als müsse der feine Wagen in Stücke zerbrechen, aber so akkurat, daß nicht ein Zollbreit zu viel oder zu wenig an jeder Seite blieb.

Jetzt saß er wieder litzengerade da und maß noch einmal mit den Augen den Abstand zwischen den Treppenstufen. Aber in seinem Gedächtnis notierte er sich doch die Nummer des Polizeidieners, der das Kunststück mit angesehen hatte, um einen Zeugen zu haben, auf den er sich berufen konnte, wenn man daheim im Stalle seiner Erzählung keinen Glauben schenken sollte.

Frau Warden ließ sich vom Armenvorsteher in den Wagen helfen. Sie bat ihn, am folgenden Tage bei ihr einzusehen, und gab ihm ihre Adresse.

(Schluß folgt.)